

Frauen in China: die „Verliererinnen“ des Aufschwungs?

Resa Ludvigen, Unterstützerin Revolution Deutschland, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung* Nr. 8, März 2020

Die Situation von und für Frauen in China hat sich in den letzten Jahren sehr verändert, was vor allem daran liegt, dass es eine Neuorientierung der chinesischen Politik mit der Wahl Xi Jinpings zum Staatspräsidenten gab. Doch schaut man sich die Entwicklungen der letzten 100

Jahre an, erscheinen die Veränderungen -Kämpferinnen im Krieg, wichtiger Teil

der chinesischen Planwirtschaft, zurück an den Herd verdammt - besonders gravierend.

Gerade Frauen, die nach der neuen chinesischen Politik nicht (mehr) ins Weltbild passen, haben es in China immer schwerer. Dazu gehören

nicht nur weiterhin Aktivist_Innen für Frauenrechte, solche, die der heteronormativen Norm entsprechen, sondern auch zunehmend muslimische Frauen

sowie Frauen, die selbst über ihre Zukunft entscheiden wollen und deswegen keine Familie oder Kinder anstreben oder selbst einen Anteil am chinesischen

Aufschwung einfordern. Man könnte daher glatt die Frage in den Raum stellen, ob

sie nicht die „Verliererinnen“ des Aufschwungs und der Politik Xi Jinpings sind und zukünftig auch sein werden.

Doch zunächst muss geklärt werden, woher die heutigen Besonderheiten Chinas herrühren. Genauso wie in anderen (Groß-)Reichen,

vor

allem in Asien, gab es in China eine andere Form der vorkapitalistischen Wirtschaft als Antike bzw. Feudalismus. Marx und Engels nannten sie asiatische

Produktionsweise, doch kam sie auch in anderen Erdteilen vor (z. B. Mittel- und Südamerika). Auffällig ist, dass der „Staat“, sprich der jeweilige Herrscher und seine Beamten, eine wichtige Rolle in Produktion und Handel spielte. Gründe für diese starke Stellung waren die Größe der damaligen Flächenstaaten, aber auch klimatische Verhältnisse, die stets zwischen Dürre und Überschwemmungen schwankten und deshalb eine zentrale Bewässerungswirtschaft erforderten. Um Anbau von Nahrung und Produktion anderer

Güter zu ermöglichen, brauchte man zuverlässige Verantwortliche, die sich u. a. um das Bewässerungssystem des Landes kümmern. Kein Wunder also, dass

sich in diesen Ländern eine starke bürokratische Elite entwickelt hat, die die Produktionsmittel verwaltete. Im alten Ägypten waren es die Pharaonen und die

Priesterkaste und im vormodernen China der Kaiser und seine Beamten (Mandarine). Allerdings konnten dies nur Männer werden, genauer gesagt Männer

aus reichen Familien. Ein solcher Posten bedeutete nicht nur sozialer Aufstieg,

sondern natürlich auch Macht. In den Quellen aus der Vormoderne spielen Frauen

in China nur eine geringe Rolle, weswegen wir heute vor allem die erniedrigende

Praxis des Füße Bindens mit ihrer Stellung in Verbindung bringen. Allerdings ist gewiss, dass trotz des patriarchalen Systems Frauen aus der Klasse der Bäuerinnen und Bauern stark am Produktionsprozess in Haus und Hof sowie auf den

Feldern beteiligt waren.

Zwischen Fortschritt und Rückschritt

Als 1949 die Volksrepublik China gegründet wurde, wurde die Gleichheit zwischen Männern und Frauen in der Verfassung niedergeschrieben.

Nicht nur, weil jene, die sich selbst als Kommunist_Innen sehen, wissen, dass ein Sozialismus nur mit Frauenbefreiung einhergehen kann, sondern auch, weil

sie beim Aufbau des neuen Staates gebraucht wurden. Natürlich war auch damals

die Frau gesellschaftlich noch nicht gleichgestellt, sodass in der Verfassung mehr ein Ziel formuliert wurde, als es je unter der Herrschaft der KP Chinas Wirklichkeit wurde. Doch 70 Jahre später und nach der ab Ende der 1970er Jahre

eingeleiteten wirtschaftlichen Neuorientierung, die zwar den Lebensstandard insgesamt gehoben hat, hat sich die Lage der Frau in den letzten Jahren verschlechtert.

Ab dieser Zeit wurde die Restauration des Kapitalismus in der VR China eingeleitet. Dieser spielte ab Beginn der 1990er Jahre wieder die

bestimmende Rolle im Land. Schon vor der letzten Weltwirtschaftskrise war China

in die Reihen der imperialistischen Großmächte aufgerückt, was sich heute im

Hauptkonflikt zwischen China und den USA niederschlägt. Davor, seit dem Korea-Krieg, war die VR China ein von Beginn an bürokratisch degenerierter ArbeiterInnenstaat ähnlich der UdSSR, Osteuropa, Nordkorea und Kuba. Die Mehrheit der Bevölkerung stellte aber bei Weitem die Bauern- und Bäuerinnenschaft.

„Gender Pay Gap“, die Lohnschere zwischen Männern und Frauen, spielt auch in China eine Rolle. War China 2008 noch auf Platz 57, was diese Ungleichheit angeht, lag sie im Jahr 2017 nur noch auf Platz 100. Noch

schlechter schnitten Frauen mit Kind in China ab. Ist der Negativmaßstab 42 %

weniger Lohn für Mütter, beträgt er für kinderlose Frauen immerhin 37 %.

Und dies, obwohl es mittlerweile eine Vielzahl von sehr gut ausgebildeten Frauen in China gibt. Diese Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt führt dazu,

dass Frauen entweder in die ökonomische Abhängigkeit von ihrem Ehepartner

gedrängt werden, der sie aufgrund fehlenden Geldes nur schwer wieder entfliehen

können, oder aber in die Schwarzarbeit, zu menschenunwürdigen Bedingungen. Letzteres

trifft gerade auf arme Frauen und den Großteil der weiblichen Landbevölkerung

zu - eine Gruppe, die, wenn sie in die Städte geht, um Arbeit zu suchen, in China sowieso schon unabhängig vom Geschlecht kriminalisiert ist.

Die Restauration des Kapitalismus seit Mitte der 1970er

Jahre hat sich also negativ ausgewirkt. Die Bestrebungen Xi Jinpings, China zur

weltweit dominierenden imperialistischen Macht zu machen, also den USA ihren

Rang abzulaufen, haben ihr Weiteres dazu getan. Sein nationalistisches und militärisches Programm ist dabei ebenso zu nennen wie seine neue

Wirtschaftspolitik. Die chinesische Wirtschaft wird heute vor allem von Industrie und vom Dienstleistungsgewerbe dominiert. Allerdings verlagert China

seine Produktion zunehmend in afrikanische Länder und nach Südostasien, nicht

nur weil es dort lukrativer ist, sondern auch, um im Kampf um die Neuaufteilung

der Welt sein Einflussgebiet zu vergrößern. Mittelfristig wird dies gerade jene

Frauen treffen, die durch die Restaurationspolitik eine Arbeit in der kapitalistisch

umstrukturierten Industrie annehmen mussten und deren Arbeitsplätze in China wegfallen werden.

Frauenbewegung in der VR China

Schaut man sich ein Bild vom letzten Parteitag der chinesischen Kommunistischen Partei an, sieht man.....Männer. Dieses Bild steht sinnbildlich für die Rolle der Frau in den Augen der KP im Jahr 2019.

Auch die offizielle Frauenorganisation kann dieses Missverhältnis nicht aufheben und möchte es auch nicht. Doch eine unabhängige Organisierung in China ist schwierig, da es weder Presse- noch Versammlungsfreiheit gibt, geschweige denn das Recht, sich legal zu organisieren.

In den letzten Jahren gab es immer wieder Proteste von Frauen. Insbesondere die Themen häusliche und sexualisierte Gewalt spielten dabei eine wichtige Rolle. Im Jahr 2017 rangierte China auf einem der letzten Plätze, wenn es um „Überleben und Gesundheit“ von Frauen geht. Kein Wunder, dass es die #Me-Too-Bewegung sogar bis nach China geschafft hat. Über Tausende beteiligten sich und Hunderte Millionen Menschen (Vergleich: Deutschland hat nicht einmal 100 Millionen Einwohner*innen) teilten die Beiträge von Frauen, die über ihr Erlebtes berichteten. Über 70 % der chinesischen Frauen gaben an, schon einmal sexuell belästigt worden zu sein. Dennoch geht man von einer noch höheren Dunkelziffer aus. Nach einer solchen Umfrage musste das

zuständige

Institut in Guangzhou (Kanton), das zu Gleichberechtigung forschte, seine Arbeit einstellen. Außerdem wurden in sozialen Medien die Accounts von Aktivist_Innen gesperrt. Daran erkennt man ,wie sehr dem Staat dieses Thema ein Dorn im Auge ist.

Auch die 37-tägige Inhaftierung der sog. „Feminist Five“ Li Maizi, Zheng Churan, Wei Tingting, Wu Rongrong und Wang Man im Jahr 2015

bestätigt dies. Man versucht, durch solche Aktionen die Aktivist_Innen nicht nur zum Schweigen zu bringen, sondern auch durch das Abschneiden von der Öffentlichkeit in Vergessenheit geraten zu lassen. Doch gerade Aktivist_Innen

wie Li Maizi macht man nicht so leicht mundtot. Sie engagiert sich nicht nur für Frauenrechte in China, sondern stellt auch ein Bindeglied zur kriminalisierten LGBTIQ-Community her. Diese wiederum hat viele weibliche Aktivist_Innen und nicht nur solche, die selbst Teil der Community sind. Auch viele Mütter, die sich gegen die Entkriminalisierung ihrer Kinder einsetzen, beteiligen sich am Protest.

Was tun die Gewerkschaften für chinesische Frauen?

Im Grunde kann man sagen, dass die einzige legale Gewerkschaft (Allchinesischer Gewerkschaftsbund; ACGB) mit über 300 Millionen

offiziellen Mitgliedern keine Gewerkschaft im eigentlichen Sinne darstellt. Sie

ist weder in den Betrieben verankert noch vertritt sie die Interessen der Arbeiter_Innen.

Auch ist ihre Führung durch den Staat eingesetzt und somit nicht frei gewählt.

Insgesamt besteht die Strategie Pekings darin, Protest zu entpolitisieren.

Dennoch gab es einen Anstieg von Arbeitskämpfen in China in den letzten 30 Jahren, was mit seiner Entwicklung zu einem wichtigen Player des kapitalistischen Systems zusammenhängt. Gerade der Südosten Chinas hat viele Kämpfer_Innen hervorgebracht. So gab es bspw. seit 2008 immer wieder Streiks im Reinigungsbereich. Angeführt wurden diese von Frauen. Auch in China ist dies ein Sektor, in dem gerade Menschen arbeiten, die sonst keine bessere Jobperspektive haben wie Alte, Arme, Migrant_Innen und Frauen. Im Jahr 2014 wurde das Guangzhou's Higher Education Mega Center, das 200.000 Studierende umfasst, von den Arbeiter_Innen der Putzfirma bestreikt. Von Anfang an verbanden sie Migrant_Innen und Frauen durch Selbstorganisierung. Sie wählten sogar 18 Vertreter_Innen, von denen 5 zugelassen waren, für Gespräche mit der Firma. Ebenso solidarisierten sich Hunderte Studierende. Diese Arbeitskämpfe bilden einen wichtigen Pol, um den herum sich der Aufbau vom Staat unabhängiger, klassenkämpferischer und antibürokratischer Gewerkschaften vollziehen kann, die überdies weit mehr Schichten als die ArbeiterInnenaristokratie organisieren müssen und können.

Innere Widersprüche und die Stellung der Frau in China

Wie in allen anderen Kulturkreisen gibt es auch in China historische Begebenheiten und Vorstellungen, die die Stellung von Frauen sowie das Miteinander der Gesellschaft bis heute prägen. In Ostasien ist das u. a. die Philosophie des Konfuzianismus.

Allerdings war eines der einschneidendsten Erlebnisse für

Frauen in der jüngeren Vergangenheit vor allem die Ein-Kindpolitik ab 1979, die vor ein paar Jahren abgeschafft wurde. Familien durften nur ein Kind bekommen (mit Ausnahmen u. a. auf dem Land, da dort die Arbeitskraft benötigt wurde) und Mädchen wurden in großer Zahl getötet. Gründe dafür sind nicht nur das Prestige, dass ein Junge und späterer Erbe mit sich brachte, sondern auch die Tatsache, dass Mädchen, um zu heiraten, ihre Familien verlassen würden und sich somit nicht um die Eltern kümmern könnten. Heute kommen ca. 100 Frauen auf 121 Männer. Die Auswirkungen hiervon sind Raub an jungen Mädchen in China und angrenzenden Ländern sowie eine Konzentration unverheirateter Männer in armen Provinzen.

Am Beispiel Hongkong kann man viele Widersprüche innerhalb der chinesischen Gesellschaft ab der Phase der Restauration erkennen und beschreiben. Hier ist der Konflikt zwischen kapitalistischen Bestrebungen und Frauenbefreiung täglich sichtbar, die Probleme der doch nicht so gleichgestellten Frau treten offen zu Tage.

Hongkong ist für viele Chines_Innen das Ziel ihrer Träume. Die ehemalige britische Kronkolonie, heutige bedeutender Finanzstandort, verspricht der armen Bevölkerung auf dem Land Arbeit und ein besseres Leben. Doch kann die Stadt dieses Versprechen nicht halten. Dennoch ist dies eine Frage, die nur wenige von den immer wieder aufkeimenden und aktuell stattfindenden Protesten aufgreifen. Etwa die Hälfte aller Demonstrant_Innen bei den weiterhin anhaltenden Protesten sind Frauen. Unabhängige Frauengruppen- und -initiativen haben sich herausgebildet. Dennoch: Veraltete Rollenbilder von Frauen, die

schweigen und sich gefälligst mit nichts außerhalb des privaten Raums beschäftigen sollen, gibt es natürlich nicht nur in Europa, sondern auch in Ostasien. Um Frauen daran zu erinnern, wo aus patriarchaler Sicht ihr Platz ist, greifen Polizist_Innen in Hongkong zu einer ganz besonderen Form der Gewalt: sexualisierter Gewalt. Ungefähr jede fünfte Frau, die festgenommen wurde, berichtet von sexueller Belästigung und Gewalt durch die Polizei. Die Bewegung reagierte mit Demonstrationen dagegen, die von Tausenden besucht wurden. Und nicht nur Frauen solidarisieren sich, auch Männer. Ein kleiner Anfang.

Proletarische Frauenbewegung jetzt!

Die #Me-Too-Bewegung hat den Bedarf, den es auch in China gibt, gezeigt. Jetzt gilt es, praktische Maßnahmen zu ergreifen. Es braucht nicht nur eine Selbstorganisation, sondern aufgrund der hohen Zahlen an häuslicher und sexualisierter Gewalt organisierten Selbstschutz. Doch eine Organisation der Frauen ist nur möglich, wenn man einerseits trotz all der Repression immer wieder Öffentlichkeit für die Themen schafft und andererseits die Herausforderung angeht, trotz überwachter sozialer Medien, Frauen über größere Entfernungen hinweg zu organisieren, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Hier kann allerdings von der Queerbewegung gelernt werden, die es seit Jahren immer wieder erfolgreich schafft, sich zu organisieren und auch Treffen zu abzuhalten. Der Gebrauch von dafür genutzten Tarninternetseiten sollte aber dabei dem Verkehr über WeChat vorgezogen werden.

Die Perspektive, die eine chinesische Frauenbewegung braucht sind nicht nur praktische Antworten auf Diskriminierung, sexualisierte

Gewalt

und Repression, sondern auch eine Verbindung der Kämpfe mit anderen Betroffenen

der chinesischen Politik, sprich eine internationalistische Perspektive. Ebenso

darf man nicht vergessen, dass derzeit viele der Aktivist_Innen aus der gebildeten Schicht in den Großstädten stammen. Auf die Interessen von proletarischen

Frauen muss daher dringend eingegangen werden. Eine Verbindung einer chinesischen Frauenbewegung mit der von Peking stillgehaltenen Arbeiter_Innenbewegung

ist unabdinglich. Alles andere als eine solche proletarische Frauenbewegung würde

auch darüber hinwegtäuschen, dass die Auswirkungen der neuen Politik und der

patriarchalen Gesellschaft Chinas gerade Arbeiterinnen trifft. Sie werden von ihren Familien getrennt und kriminalisiert, weil sie versuchen, in den Städten Arbeit zu finden. Sie sind es, die aufgrund schlechter Ausbildung und Jobs der

häuslichen Gewalt nicht entfliehen können und auch zunehmend ihre Jobs verlieren werden, wenn China die Produktion weiter ins Ausland verlagert.

Gleichzeitig sind nur sie zahlenmäßig und von ihrer Klassenstellung her im Unterschied zu (bildungs-)bürgerlichen und Mittelschichten dazu in der Lage,

durch Streiks, v. a. gemeinsame mit ihren männlichen Kollegen, und weitere Mittel die chinesische Gesellschaft in Bewegung zu setzen und für die Befreiung

der Frau einzutreten.

Kommunistinnen müssen an vorderster Front in den

Massenorganisationen ihrer Klasse arbeiten, v. a. in Gewerkschaften und Frauenbewegung, um sie für revolutionär-sozialistische Ziele zu gewinnen, eine

neue revolutionäre kommunistische Massenpartei und kommunistische Frauenorganisation aufzubauen.

- Für eine internationale, proletarische Frauenbewegung und -internationale!
 - Für Frauenselbstorganisation- und -selbstverteidigungsgruppen!
 - Bildet unabhängige Gewerkschaften!
 - Für den Aufbau einer revolutionären Fünften ArbeiterInneninternationale!
-

Frauen und Krise - Great crisis rises up

Leonie Schmidt, Revolution Deutschland, Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020

Die Welt ist in Aufruhr. In vielen Ländern wie zum Beispiel in Chile, im Libanon oder im Irak existieren Volksbewegungen, die sich Angriffen auf die Arbeiter_Innenklasse oder korrupten Regierungen widersetzen. Das Wachstum der Weltwirtschaft verlangsamt sich und die Angst vor einer erneuten weltweiten Rezession steigt an. Des Weiteren steigen die Spannungen zwischen großen imperialistischen Mächten wie, besonders zwischen den USA und China, und drücken sich durch Schutzzölle auf Stahlteile und Einzelteile für Smartphones etc. aus.

Politisch-ökonomische Weltlage

2019 befand sich die Weltwirtschaft kurz vor einer Phase der Rezession. Rückgang bzw. Stagnation des Profits im Vergleich zu vorherigen Jahren waren allgegenwärtig. Nur wenige Branchen schafften es, eine Profitsteigerung zu erzielen. 11 Jahre seit Ende des letzten globalen Wirtschaftsabschwungs 2008 deutet eine Kombination von Faktoren wie stagnierende oder sinkende Profite, schwache oder rückläufige Investitionstätigkeit in Kapitalausrüstung, zunehmende Firmenverschuldung,

Protektionismus und Handelskriege darauf hin, dass ein erneuter Konjunkturunbruch nicht mehr fern ist.

Besonders hart traf es das verarbeitende Gewerbe (Baugewerbe, Industrie und Handwerk) deren Geschäftsmanagerindex (PMI) weltweit unter 50 fiel. Dieser gilt als Schwellenwert zwischen Expansion und Kontraktion. In Deutschland lag dieser bei 40, in den USA und China knapp über 50. Der Dienstleistungssektor hingegen schaffte es, weiterhin seinen Profit zu steigern. So verhalf dieser Griechenland, das BIP immerhin um 2 % zu steigern. Laut Analyst_Innen von JP Morgan verlangsamte sich das gesamte Wachstum der Weltwirtschaft in 2019 aber stark, alle 10 Wirtschaftssektoren waren davon betroffen. Des Weiteren sank die Mehrwerttrate, da die Lohnkosten nicht durch Gewinne kompensiert werden konnten.

Das Wachstum der Industrieländer als Gruppe dürfte bis 2020 auf 1,4 % sinken, was auch auf die anhaltende Schwäche des verarbeitenden Gewerbes zurückzuführen ist. Das Wachstum in Schwellen- und Entwicklungsländern dürfte sich in diesem Jahr auf 4,1 % beschleunigen. Es wird aber nur von einer verbesserten Leistung einer kleinen Gruppe großer Volkswirtschaften ausgegangen, von denen einige aus einer Phase erheblicher Schwäche hervorgehen.

Etwa ein Drittel der Schwellen- und Entwicklungsländer (wir bezeichnen diese als Halbkolonien) wird in diesem Jahr voraussichtlich zurückfallen, da sich Exporte und Investitionen schwächer entwickeln. Es wird erwartet, dass sich das US-Wachstum in diesem Jahr auf 1,8 % verlangsamt, was die negativen Auswirkungen früherer Zollerhöhungen und der erhöhten Unsicherheit widerspiegelt. Das Wachstum des Euroraums dürfte im Jahr 2020 aufgrund der schwachen industriellen Produktivität auf 1 % nach unten fallen. Die Erwerbslosenzahlen 2019 in der EU liegen bei 16 Millionen (6,3 %) und haben damit erst gerade das Vorkrisenniveau 2007 (7,1 %) unterschritten (Die BRD weist zwar das höchste Erwerbstätigkeitsniveau seit der Wiedervereinigung auf), doch diese Jobs werden immer unsicherer und prekärer.

Allerdings beruhen diese Zahlen auf ungewissen Faktoren und können sich

auch noch verschlechtern, besonders relevant sind hier Wirtschaftskriege und Spannungen oder ein stärkerer Einbruch des Profits in den bedeutenden Volkswirtschaften, der auf andere überschwappt.

Vorhersagen

Die Vorhersagen der großen Wirtschaftsanalyst_Innen für 2020 fallen aber allesamt recht positiv aus. Zumindest soll sich die Weltwirtschaft stabilisieren und etwas erholen, Risiken bleiben aber weiterhin vorhanden. Es wird vom IMF mit einem Weltwirtschaftswachstum von 3,5 % gerechnet, also einem leichten Anstieg im Gegensatz zu 2019, welcher mit 3,2 % vorhergesagt wurde. Die Weltbank hingegen geht nur von einem Wachstum bis 2,5 % aus.

Die mild optimistischen Vorhersagen der Analyseinstitute für 2020 berufen sich auf der negativen Entwicklungskurve der Weltwirtschaft entgegenwirkende Faktoren. So konnte ein rezessiver Einbruch der größten Volkswirtschaften bei Produktion und Investitionen 2019 vermieden werden – zum Preis niedrigen BIP- und Produktivitätswachstums. Die globalen Finanzierungskosten befinden sich auf historischem Tiefstand teils aufgrund der Zentralbankpolitik des „billigen Geldes“ (Nullzins, Quantitative Easing), aber auch aufgrund geringer Kreditnachfrage durch Staat und Kapital als Folge ausbleibenden Investments. Aktien- und Wertpapiermärkte erreichen dagegen ein ungeahntes Hoch. Die Arbeitslosenzahlen bleiben im Gegensatz zur Großen Depression der 1930er Jahre niedrig.

Der zugrunde liegende tendenzielle Fall der Profitrate muss über kurz oder lang die entgegenwirkenden Ursachen übertrumpfen. Der Ausbruch einer neuen Krise wird umso sicherer erfolgen, weil die Geldpolitik darin versagt hat, die Wachstumsraten von vor 2007 wiederherzustellen. Die letzte Dekade sah die längste Zeit ohne Rezession, aber auch die mit dem schwächsten Wirtschaftsaufschwung nach einer solchen. Keynesianisches Gegensteuern durch gesteigerte Staatsinvestitionen (und -schulden) hatte bereits in den Konjunkturkrisen zuvor versagt und wird diesmal auf die Barriere der schwindelerregend gestiegenen Budgetverschuldung stoßen.

Handelskrieg USA-China

Die größten Sorgen bereitet den Analyst_Innen der Handelskrieg zwischen den USA und China. Dieser war 2019 stark eskaliert und führte zu Abstürzen auf beiden Seiten. China haben die Sanktionen und Strafzölle auf Importwaren in die USA bereits 35 Milliarden US-Dollar gekostet. Für die USA erhöhten sich die Produktionskosten massiv und es wurden zwar neue Jobs in der Stahlindustrie erschaffen, wie von Trump versprochen, allerdings zu viel schlechteren Bedingungen und für viel weniger Lohn.

Trumps Ziel war also nie, die US-amerikanische Stahlproduktion zu stärken, sondern von Anfang an, der Konkurrenz eine Warnung zu verpassen. Denn Chinas Wirtschaft ist in den letzten Jahren massiv gewachsen und stellt die größte Gefahr dar. Gerade im Bereich von IT und Hochtechnologien ist es Vorreiter und mit vielen anderen Wirtschaften vernetzt. So lag Chinas Wirtschaftswachstum 2018 bei 6, 57 %, das der USA nur bei 2,93 %. Berichten zufolge hatte China zugestimmt, landwirtschaftliche Waren der USA im Wert von 50 Mrd. USD zu kaufen, während die USA anboten, die bestehenden Zölle für chinesische Waren um bis zu 50 % zu senken. Der Konflikt ist somit also keinesfalls beigelegt, allerhöchstens kurzzeitig entschärft. Eine erneute Verschärfung kann aber zu massiven Einstürzen im Welthandel führen.

Kampf um die Neuaufteilung der Welt

Der Handelskrieg zwischen den USA und China trägt allerdings auch noch ein geopolitisches, militärisches Markenzeichen, denn als neu wachsender Imperialist muss China natürlich die Vormachtstellung des US-Imperialismus global angreifen. Die chinesische Armee hat sich in einen Rüstungswettlauf mit den USA gestürzt. Die Eskalation im Konflikt zwischen den USA und dem Iran, einer zunehmend selbstsicheren Regionalmacht, verkörpert eine weitere drohende Gefahr.

Beide hängen miteinander zusammen, denn der Iran und China führen eine gute Handelsbeziehung. So gingen 27,4 % der Exporte des Irans nach China, 27,8 % der Einfuhren kommen daher. Öl, Gas und auch die Relevanz des

Irans in Chinas „Seidenstraßenprojekt“ spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Der Rückgang des Welthandels und der Investitionstätigkeit hat besonders die sog. aufstrebenden Ökonomien getroffen. Deren Wachstum war in den letzten 6 Jahren fast überall niedriger als in den 6 Jahren vor Ausbruch der letzten Rezession. In Brasilien, Russland, Argentinien, Südafrika und der Ukraine gab es gar keines.

Von 2010–2018 nahm das Verhältnis von Auslandsverschuldung zum BIP der Entwicklungsländer um mehr als die Hälfte auf 168 % zu – ein schnellerer jährlicher Anstieg als während der Schuldenkrise Lateinamerikas. Laut Schuldenreport der Weltbank 2020 befinden sich 124 von 154 erfassten Ländern im kritischen Bereich kurz vor der Staatspleite, 2 mehr als im Vorjahr. 60 % dieser Länder stehen vor einer schlimmeren Situation als 2014.

Entscheidend für die Weltordnung wird also die Konkurrenz zwischen der aufstrebenden imperialistischen Großmacht China und den USA um die Weltherrschaft werden. Ihr Ringen wird den regionalen Auseinandersetzungen immer mehr ihren Stempel aufdrücken. Die Gefahr des Ausbruchs eines III. Weltkriegs wächst.

Wen trifft es besonders hart?

Es ist „natürliche“ kapitalistische Logik, dass in Zeiten der Rezession die sinkenden Profite durch Entlassungen, Kürzungen von Arbeitszeit und Lohn und andere Angriffe auf die Arbeiter_Innenklasse wie beispielsweise Rentenreformen aufgefangen werden sollen. So zum Beispiel aktuell in Frankreich, wo Macron mit seinen neoliberalen Reformen das Renteneintrittsalter auf 64 anheben möchte oder in Chile, wo die Regierung eine Erhöhung der Preise für öffentliche Verkehrsmittel durchsetzen wollte, aber daraufhin mit Massenprotesten konfrontiert wurde.

Die Krise wird auf dem Rücken der Arbeiter_Innenklasse ausgetragen. Jedoch trifft es hier besonders Frauen. Mit der Krise 2007/08 wurden

Teilzeitjobs und Leiharbeit stark ausgebaut, damit die Kapitalist_Innen ihren Profit dennoch weiter vermehren können und zur Not ohne viel Aufwand die Arbeiter_Innen entlassen können, wenn die nächste Rezession einsetzt.

In den imperialistischen Ländern sind sie häufig von Arbeitslosigkeit und unsicheren, prekären Beschäftigungsverhältnissen geplagt. So arbeiten in Deutschland 2019 30,5 % Frauen in solchen „atypischen“ Verhältnissen, aber nur 12,2 % der Männer. Das wird als freiwillige Entscheidung für mehr Familien- oder Freizeit beispielsweise vom Bundesamt für politische Bildung gewertet, ist aber reine Ideologie, denn die unentgeltliche Reproduktionsarbeit fällt überwiegend den Frauen zu. So wird auch ausschließlich von Frauen erwartet, Job und Familie zu verbinden, und sie sind gezwungen, Teilzeit oder unsichere Jobs zu akzeptieren, wenn sie Kinder großziehen.

Auch Frauen in Halbkolonien (wie bspw. Indien oder Pakistan) sind oft im prekären Bereich beschäftigt. Hier variieren die Zahlen je nach Land zwischen 45 %-76 %. Die Beschäftigung findet hier auch oft im informellen Bereich statt, wo angemessene Bezahlung, Schwangerschaftsurlaub, eine sichere Arbeitsumgebung oder gar gewerkschaftliche Organisierung zurzeit undenkbar sind. Viele dieser Frauen arbeiten in Textilfabriken (in welchen für H&M, Primark und Co produziert wird), in sogenannten Sonderwirtschaftszonen, in denen sie für einen Hungerlohn ausgebeutet, teilweise eingesperrt und zur Arbeit gezwungen werden. Auf Sicherheit wird kaum geachtet. Oftmals kommt es zu Gebäudeeinstürzen oder Fabrikbränden neben dem Umgang mit gefährlichen Chemikalien ohne wirkliche Schutzkleidung.

Weltweit sind Frauen besonders von Armut betroffen. Demnach leben 5 Millionen mehr Frauen als Männer in extremer Armut. Des Weiteren sind mehr Frauen von Altersarmut betroffen. In Deutschland sind es 20 % der Frauen, aber nur 15 % der Männer. Das erklärt sich durch geringeren Lohn während der Arbeitszeit und Unterbrechungen zum Großziehen der Kinder.

Noch immer ist es Frauen laut UNO in 104 Ländern nicht erlaubt, bestimmte Berufe auszuüben. In 18 Ländern können Männer ihren Ehefrauen

grundsätzlich verbieten zu arbeiten. So müssen Frauen in Saudi-Arabien beispielsweise für die Ausübung bezahlter Arbeit generell die Erlaubnis eines männlichen Vormunds einholen. So spiegelt sich auch die finanzielle Abhängigkeit der Frauen wider, da sie sowohl in imperialistischen als auch in halbkolonialen Ländern nach wie vor weniger Lohn erhalten als Männer. In Deutschland sind es beispielsweise 21 %, 17,3 % in Großbritannien, in Pakistan hingegen 34 %.

Der Kampf um finanzielle Gleichstellung ist also weltweit keineswegs abgeschlossen. Aber selbstverständlich gibt es auch andere Bereiche, in denen Frauen strukturell benachteiligt werden. So kam es mit der Krise 2007/08 auch zu einem Anstieg nationalistischer Gefühle, da die Mittelschichten der imperialistischen Länder sich vor einem sozialen Absturz und dem Verlust ihrer Privilegien fürchteten. Um reaktionäre Angriffe und die Stärkung der nationalen Wirtschaft zu fördern, wurden fremdenfeindliche und chauvinistische Ideologien geschürt.

Diese sorgten auch für ein Rollback bei Frauen- und LGTBIA-Rechten. So beispielsweise der Versuch der weiteren Illegalisierung von Abtreibungen, aber auch das Aufbegehren der Rechten gegen das „Gendermainstreaming“ (die Integration der Gendergleichstellungsperspektive in politische Prozesse, wie von der Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 festgelegt).

Dadurch kam es auch zu vermehrten gewalttätigen und sexualisierten Angriffen auf Frauen sowie auch auf die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung. So erleben auch mehr Frauen Gewalt in Beziehungen als Männer und werden auch häufiger von ihrem (Ex-)Partner ermordet. Voruntersuchungen zu einer Studie der WHO zeigen, dass 35 % der weltweiten Morde an Frauen von Intimpartnern begangen werden, aber nur 5 % aller Morde an Männern von ihren Partnerinnen. Gemeinsamer Kampf gegen Ausbeutung und für Frauenbefreiung

Gemeinsamer Kampf gegen Ausbeutung und

für Frauenbefreiung

Die Auswirkung der Krise, die Ausbeutung der Arbeiter_Innenklasse und die Unterdrückung der Frau stehen also in einem engen Verhältnis zueinander und bedingen sich teils gegenseitig. Um genug Widerstand aufbauen zu können, ist es daher wichtig, auch die männlichen Proletarier für den Kampf zur vollständigen Frauenbefreiung zu gewinnen. Gegen die kommende Krise muss sich die Gesamtklasse in Stellung bringen, ein revolutionäres Antikrisenprogramm annehmen. Um unsere Stärke und Fähigkeit zu steigern, müssen wir in alle ökonomischen und sozialen Kämpfe intervenieren, um ihre Vorhut für unsere Reihen zu gewinnen. Dieses Aktionsprogramm muss auch Antworten auf das Rollback gegen die Rechte der arbeitenden Frauen geben.

Gleichzeitig muss es aber eigene Strukturen (sog. Caucuses) innerhalb der Arbeiter_Innenbewegung (z. B. in Gewerkschaften) für Frauen geben, da sie einer doppelten Unterdrückung und spezifischen Formen sexistischer Diskriminierung unterliegen. Das Gleiche trifft auf ebenso auf andere Unterdrückte (Jugendliche, MigrantInnen usw.) zu. Denn so revolutionär eine Bewegung oder eine Partei auch sein mag, niemand ist frei von im Kapitalismus erlernten Unterdrückungsmechanismen und auch in den eigenen Strukturen müssen diese diskutiert und bekämpft werden.

Dennoch kann aber nur ein gemeinsamer internationaler Kampf der gesamten Arbeiter_Innenklasse für eine Befreiung aller Unterdrückten sorgen, der sich gegen den Kapitalismus stellt und für eine sozialistische Revolution eintritt, da die Abschaffung der unbezahlten Reproduktionsarbeit, welche unüberwindbar mit dem Kapitalismus vereint ist, ihre vollständige Sozialisierung und Aufteilung auf alle Geschlechter im Interesse der gesamten ArbeiterInnenschaft liegt, auch wenn unterm Kapitalismus ihr weiblicher Teil jene weit überwiegend verrichtet.

Wir als Marxist_Innen treten daher für eine internationale multi-ethnische, proletarische Frauenbewegung ein mit dem Recht auf gesonderte Treffen in Arbeiter_Innenorganisationen wie Gewerkschaften. Deshalb müssen diese auch massiv unter den prekär Beschäftigten rekrutieren und dürfen sich

nicht auf die Verteidigung der relativ privilegierten, ausgebildeten und sicherer beschäftigten (arbeiter_innenaristokratischen) Schichten beschränken.

Daher fordern wir:

- Gleiche Rechte für Frauen bei Wahlen, auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungswesen, an allen öffentlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten teilzunehmen!
- Für ein Programm gemeinnütziger öffentlicher Arbeiten mit Vollzeitstellen und auskömmlichen Tariflöhnen für Frauen, bezahlt aus Unternehmerprofiten und Vermögensbesitz!
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Mindestlohn für alle Frauen, um ein Mindesteinkommen zu sichern, das die Reproduktionskosten deckt und ein Leben ohne Abhängigkeit vom (männlichen) Partner erlaubt!
- Arbeitsschutz in allen Produktionsstätten! Für das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, wo es bisher verboten ist!
- My Body, my Choice: Für das vollständige Recht auf Abtreibung ohne Fristen und Mindestalter, sexuelle Selbstbestimmung und das Prinzip des sexuellen Konsenses! Zugang zu kostenlosen Verhütungsmitteln!
- Kostenloser Zugang zu Gesundheitsversorgung, Pflegeeinrichtungen, Krankenversorgung und gesicherte Renten für alle Frauen! Wir fordern kostenlose und bedarfsorientierte Kinderbetreuung, öffentliche Kantinen und Wäschereien – um eine gesellschaftliche Gleichverteilung der Reproduktionsarbeiten auf alle Geschlechter sicherzustellen!
- Um Frauen aufgrund ihrer Doppelbelastung durch Erwerbstätigkeit und Reproduktionsarbeit eine politische Teilnahme zu erleichtern, treten wir zudem für eine Vergesellschaftung sämtlicher Haushalts-, Sorge- und Reproduktionsarbeiten ein!
- Recht auf Scheidung auf Wunsch! Ausbau und Sicherstellung von Schutzräumen für Frauen (wie z. B. Frauenhäuser)!
- Kostenlose, kollektive Selbstverteidigungsstrukturen, um es Frauen zu ermöglichen, sich selbst vor Übergriffen zu schützen, unterstützt von Frauen- und Arbeiter_Innenbewegung!

Naziaufmärsche in Dresden verhindern - Pull em' up now, before they take root!

Peter Böttcher, zuerst erschienen auf arbeiterinnenmacht.de

Kurz vor dem Ende des
Zweiten Weltkriegs, vom 13. bis 15. Februar 1945, wurde die Stadt Dresden
von
der Royal Air Force bombardiert. Den Luftangriffen fielen offiziellen
Schätzungen zufolge ca. 22.700-25.000 Menschen zum Opfer.

Seit den 1990er Jahren
marschieren jährlich FaschistInnen durch Dresden, um die Bombardierung
der
Stadt für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Mehr noch als das: sie
versuchen,
die Geschichte zu verfälschen, indem sie das Dritte Reich als unschuldiges
Opfer der alliierten Bombenangriffe darstellen und zu den vorangegangenen
Kriegsverbrechen der Nazis schweigen. So wird durch das Herbeifantasieren
von
mehreren hunderttausend Bombentoten, durch die ständige Rede von
versuchtem
Genozid, durch die Bezeichnung der Luftangriffe als „allierter
Bombenholocaust“ gezielt versucht, einen Opfermythos um das faschistische
Deutschland zu schaffen. Gleichzeitig wird der eigentliche Holocaust von den
AnmelderInnen der Nazidemos geleugnet.

Entwicklung

Anfangs waren die Teilnehmer_Innenzahlen der sogenannten „Trauermärsche“, die unter solch Titeln wie „Ehre den Opfern des Bombenterrors“ beworben wurden, noch recht überschaubar. Im Laufe der Jahre und durch die zunehmende Unterstützung aus den Nachbarländern erhielten diese jedoch massiven Zulauf. In den Jahren 2009-2010 erreichten die faschistischen Mobilisierungen zum 13. Februar ihren Höhepunkt, als bis zu 6.500 Rechte durch Dresden marschierten und den sogenannten „Trauermarsch“ als einen der größten Naziaufmärsche Europas etablierten.

Im Jahr 2009 gründete sich auch auf Initiative der Interventionistischen Linken (IL) hin das antifaschistische Bündnis „Dresden Nazifrei“. Diesem gehörten linke Parteien, verschiedene Strömungen der radikalen Linken, Gewerkschaften, kirchliche sowie auch „zivilgesellschaftliche“ Initiativen an. Durch die damit erreichte bundesweite Vernetzung und Mobilisierung gelang es in den Folgejahren, die faschistischen Demonstrationen mittels Massenaktionen und Blockaden zu verhindern. Daraufhin ging die Beteiligung an den „Trauermärschen“ bis 2015 auf ein Minimum zurück und nahm erst infolge des Rechtsrucks wieder zu.

In den letzten Jahren gelang es den Neonazis erneut, überregional zu mobilisieren und die Beteiligung zu steigern. Gleichzeitig war es aufgrund einer nach den anfänglichen Blockadeerfolgen allgemein rückläufigen und wieder regional begrenzten Gegenmobilisierung seither nicht mehr möglich, den faschistischen Aufmärschen effektiv etwas entgegenzusetzen. In den letzten Jahren gab es zwar auch immer Gegenaktionen und kleinere Blockadeversuche, dennoch konnten die „Trauermärsche“ beinahe ungehindert stattfinden und die Teilnehmer_Innenzahlen an den Demos der Rechtsradikalen wie auch an den antifaschistischen Gegenaktionen waren nahezu gleich. Während die Beteiligung an den Neonazi-Demos vor einigen Jahren nur noch bei wenigen Hunderten lag, ist diese bis zum letzten Jahr wieder kontinuierlich auf etwa 1.000 angewachsen.

Hierfür gibt es unterschiedliche Gründe: Die steigenden Teilnehmer_Innenzahlen auf Seiten der Rechten stehen im Zusammenhang mit dem allgemeinen Erstarken des Rechtspopulismus in Deutschland und der Welt. Wahlerfolge von rechten Parteien wie dem Rassemblement National in Frankreich (ehemals Front National), der PiS in Polen oder der AfD hierzulande zeigen, dass nationalistisches und rassistisches Gedankengut von breiten Teilen der Gesellschaft mitgetragen wird und in Parlamenten und Regierungen wieder salonfähig geworden ist. Von den Wahlerfolgen abgesehen konnten wir aber auch gerade in Dresden die Entstehung und das Wachsen der völkisch-nationalistischen PEGIDA-Bewegung beobachten, welche Wähler_Innen und Politiker_Innen der AfD, aber auch rechtsradikale Gruppierungen wie die „Identitäre Bewegung“, die „Freie Kameradschaft Dresden“ (FKD) und die „Gruppe Freital“ in sich vereinte und zeitweise bis zu 25.000 Menschen mobilisieren konnte. Anfangs als „besorgte BürgerInnen“ abgetan konnte so ein Schulterschluss zwischen militanten Neonazis, der „Neuen Rechten“ und breiten Teilen der nach rechts gerückten Gesellschaft stattfinden.

Rechtsruck und Kapitalismus

Angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks ist davon auszugehen, dass die Naziaufmärsche weiter an Zulauf gewinnen werden. Was es aber braucht, um die Demos der FaschistInnen rund um den 13. Februar dieses Jahr sowie in Zukunft mit Massenblockaden zu verhindern, aber auch, um den Rechtsruck zu stoppen, ist eine überregionale, breit aufgestellte antifaschistische Bewegung. Eine Aktionseinheit der Gewerkschaften, linken Parteien und Gruppen wäre durch die Einbindung einer Vielzahl der bereits organisierten Arbeiter_Innen nicht nur imstande, den „Trauermärschen“ ein Ende zu setzen, sondern könnte auch durch das Aufwerfen von Forderungen nach Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen für alle und durch das Entfachen entsprechender Kämpfe um diese Forderungen ein guter Ansatz für eine soziale Bewegung sein, die dem Rechtsruck in der Gesellschaft tatsächlich etwas entgegensetzen kann.

Denn dieser und das damit einhergehende Erstarken faschistischer Kräfte hat seine Wurzeln im Kapitalismus. Konkurrenzdenken, systemimmanente Wirtschaftskrisen und die damit einhergehende Gefahr des sozialen Abstiegs für das Kleinbürger_Innenum, Sozialabbau, Prekarisierung und soziale Ungleichheit im Allgemeinen sind der Nährboden für rassistische Vorurteile und reaktionäre Bewegungen. Wenn die Arbeiter_Innenbewegung keine fortschrittliche Antwort und Kampfperspektive zu weisen vermag, kann die gesellschaftliche Angst und Verzweiflung leicht zum Nährboden für die Kräfte der Reaktion, für Rechtspopulismus, Nationalismus oder sogar Faschismus werden.

Deshalb müssen wir den Aufbau einer antifaschistischen und antirassistischen Arbeiter_Inneneinheitsfront mit einer schonungslosen Kritik an der Politik der herrschenden Klasse und diesem Wirtschaftssystem verbinden. Wir müssen uns bewusst machen, dass der Faschismus seinen Ursprung im Kapitalismus hat, dass er mitsamt all der Katastrophen, die er über die Menschheit brachte, geschehen ist und folglich wieder geschehen kann. Wir müssen uns auch vor Augen führen, dass der historische Faschismus nur deshalb erfolgreich war und innerhalb kürzester Zeit die antifaschistische Arbeiter_Innenbewegung zerschlagen konnte, weil diese damals uneinig und gespalten war, weil die Sozialdemokratie ihr Heil im Bündnis mit den bürgerlichen Parteien suchte, während sich die KPD weigerte, systematisch für die Einheitsfront gegen den Faschismus einzutreten.

Natürlich gibt es Differenzen zwischen den einzelnen Parteien, Gruppen und Strömungen. Diese sollten nicht in den Hintergrund gerückt werden, sondern ganz im Gegenteil: Die unterschiedlichen Auffassungen, Positionen und Taktiken müssen offen diskutiert und es muss um eine effektive Strategie im Kampf gegen rechts gestritten werden. Jedoch dürfen uns diese Differenzen nicht davon abhalten, zusammenzuarbeiten und die vorhandenen Ressourcen in der Einheit nach außen zu

bündeln. Die antikapitalistischen Kräfte müssen vielmehr versuchen, die reformistischen Parteien und Gewerkschaften zum Kampf zu zwingen – auch um ihrer Kritik an den Fehlern der Gewerkschaftsbürokratie, der Führungen von SPD und Linkspartei bei deren AnhängerInnen besser Gehör zu verschaffen.

Weiterhin dürfen wir es nicht dabei belassen, ausschließlich den Rechten auf den Straßen entgegenzutreten. Wir begegnen auch in unserem Alltag, an den Orten, an denen wir lernen, arbeiten und leben, faschistischem und rassistischem Gedankengut und solchen Organisationen. Darum ist es notwendig, dass wir uns auch an den Schulen, Unis und im Betrieb organisieren. In Dresden versuchen wir von REVOLUTION, vor allem Jugendliche für die Gegenaktivitäten zu mobilisieren, werden hierzu auch einen Infovortrag durchführen und uns mit einem Demotraining auf die bevorstehenden Aktionen vorbereiten.

- Ob rund um den 13. Februar oder an jedem anderen Tag: Verhindern wir die faschistischen Aufmärsche! Für eine antifaschistische und proletarische Einheitsfront! Keinen Fußbreit den FaschistInnen!
- Infos zu den antifaschistischen Gegenaktionen: FB/Revolution Sachsen

Strategiekonferenz

kämpferischer Gewerkschafter_Innen

Marcel Möbius + Alex Metzger

Wir waren am 25. Und 26. Januar auf der Strategiekonferenz der VKG (Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften - Webseite: <https://www.vernetzung.org/>). Insgesamt nahmen etwa 150 linke Gewerkschafter_Innen an teil. Ziel war es eine Strategie zu entwickeln den aktuellen Charakter der Gewerkschaften, die durch die Bürokratie gelähmt sind, zu verändern und sie zu Kampforganen der Arbeiter_Innenklasse zu machen, in denen wir uns im Klassenkampf effektiv organisieren können. Zu diesem Zweck nahmen viele politisch organisierte Kräfte an der Konferenz teil. Neben uns nahmen so auch Genoss_Innen der Gruppe ArbeiterInnenmacht, SAV, SOL, ISO und reformistische Kräfte von DIDF und der Linkspartei teil. Fast alle großen Gewerkschaften waren vertreten und konnten in den Branchentreffen die Lage ihrer Berufsgruppen und die Zukunft ihrer Arbeitskämpfe diskutieren. Es war ein gutes Zeichen um einen Zusammenhalt unter den sonst oft zu unpolitischen Gewerkschafter_Innen Deutschlands zu schaffen, denn die Diskussionen waren sehr solidarisch. Sie waren nur wenig von Konfrontation geprägt.

Der Gehalt unserer Diskussionen lässt sich in der Praxis der kommenden Zeit überprüfen. Dabei versuchten wir immer wieder verbindliche Aktionen einzubringen, um tatsächlich als kämpferische Basisopposition wahrgenommen zu werden. Auftakte hierfür können neben Kämpfen, vornehmlich in der Automobilindustrie und im öffentlichen Dienst, gemeinsame politische Initiativen hin zum Frauenkampftag, zum ersten Mai und in gemeinsamen Aktionen mit FFF bilden.

Darüber hinaus herrschte Einigkeit, dass eine internationale Ebene der Arbeitskämpfe hergestellt werden muss um die Bourgeoisie effektiv bekämpfen zu können und so mit der Standortideologie der deutschen Gewerkschaften zu brechen. Es braucht internationale

Gewerkschaften und zuvor internationale Vernetzungen der Belegschaften multinationaler Konzerne um den Klassenkampf gemeinsam koordinieren zu können und das Kapital noch empfindlicher zu treffen. Nur so kann man die Macht der Konzerne brechen. Es braucht internationale Solidarität.

In der Diskussion um die Abschlusserklärung hat sich gezeigt, wo die inhaltlichen Differenzen liegen. Ebenso zeigte sich, wer wirklich daran interessiert ist die VKG zu einem effektiven Organ zur Organisation linker Gewerkschafter_Innen zu machen. Einige Teilnehmer der Konferenz waren daran offenbar nicht interessiert, weshalb sie die Notwendigkeit der Erstellung einer Abschlusserklärung bestritten. Gerade zögerliche Kräfte aus der Linkspartei und Teile der ISO bestritten den Sinn einer solchen Erklärung im ganzen. Dabei muss klar herausgestellt werden, dass diese Konferenz natürlich eine Abschlusserklärung brauchte um Grundsätze festzuhalten. Das bedeutet keine Erklärung Ihrer selbst Willen zu verfassen, sondern sich Aufgaben und Ziele für die gemeinsame Arbeit zu stecken. Diese Position hat sich in der Diskussion weitestgehend durchgesetzt. Wobei einige ehemals radikalere Formulierung auf Drängen der sozialdemokratischen Teile der Konferenz abgemildert wurden.

Jedoch war sich die Konferenz im Großen einig: Es ist essentiell das Konzept der Sozialpartnerschaft zu überwinden. Die Kapitalist_Innen sind der Klassenfeind und müssen in effektiven Arbeitskämpfen angegangen werden, statt uns „sozial verträglich“ an den Klassenfeind von den Gewerkschaftsbürokrat_Innen verkaufen zu lassen. Erfolgreiche Arbeitskämpfe werden die Moral der Arbeiter_Innen und den Grad der Organisation stärken, wenn sie Vertrauen in die Gewerkschaften gewinnen. Dazu müssen wir den Charakter der Gewerkschaften verändern.

Kontrovers diskutiert wurde auch die Verwendung des Klassenbegriffes, was Zeichen der Degeneration ist, die sich inzwischen selbst unter linken Gewerkschafter_Innen breit macht. Es muss klar herausgestellt werden, welche Verhältnisse zu den Produktionsmitteln bestehen und dass sich daraus ein Klassengegensatz ergibt, der nur im Klassenkampf aufgelöst werden kann. Die Befürchtungen zentristischer Organisationen bestehen

darin über diese offensive Ausdrucksweise Arbeiter_Innen abzuschrecken. Wenn wir unserer Klasse und den Kämpfen die gerade stattfinden eine Führungslosigkeit attestieren, dürfen wir uns nicht scheuen unser Konzept des Kampfes im ganzen zur Diskussion zu stellen. Dabei muss die konsequente, ehrliche und geduldige Argumentation unserer Standpunkte, ohne dabei in einen Scheinradikalismus zu verfallen, dazu in der Lage sein Massen von unseren Forderungen und letztlich unserem Programm zu überzeugen

Dies zeigte aber die Kontroverse zwischen Teilnehmer_Innen, die die VKG als reines Koordinierungsorgan ansehen und jenen, die verstehen dass die VKG eine verbindliche Struktur sein muss um ein hilfreiches Mittel im Klassenkampf zu sein. Wichtig ist, das nicht nur reine Worthülsen bleiben, sondern daraus gemeinsame Strukturen und Aktionen folgen, die dringend gebraucht werden, um uns als Gewerkschaftsopposition gegen reaktionäre Kräfte und die Gewerkschaftsbürokratie zur Wehr zu setzen und effektive Arbeitskämpfe führen zu können, die die Lage der Beschäftigten tatsächlich verbessern.

Diese gemeinsamen Aktionen wurden von einer breiten Mehrheit der Teilnehmer_Innen der Konferenz angestrebt. So sind gemeinsame Aktionen im Kontext des Frauenkampftages und im Vorfeld des 1. Mai geplant. Ein Aktionstag am Tag der Erde (24. April) ist von Fridays for Future geplant, der zu einer Aktionswoche mit Höhepunkt am 1. Mai führen soll. Wir fordern alle Aktivist_Innen und Ortsgruppen von Fridays for Future auf dies zu unterstützen. Eine Verbindung der Gewerkschaften mit der Umweltbewegung ist geplant, weshalb auch eine Aktivistin der Fridays for Future Ortsgruppe Köln gesprochen hat. Hier wurde festgestellt, dass für den Ausbau des ÖPNV und der Kampf für kostenlosen öffentlichen Personenverkehr zur Überwindung des Individualverkehrs ein Schulterschluss mit den Beschäftigten der EVG und ver.di gesucht werden sollte. Die Umweltbewegung hat Massen auf die Straße gebracht, die die wirtschaftlichen Druckmittel der Beschäftigten nutzen sollten, indem politische Forderungen in den Streiks der Tarifverhandlungen Mitte dieses Jahres gestellt werden.

Diese Aktionen werden eine erste Probe sein, ob die solidarischen Gespräche uns voranbringen und Taten folgen lassen, die dringend notwendig sind.

Die kommenden Auseinandersetzungen – seien es drohende Massenentlassungen, Rassismus, Militarismus oder Umweltkatastrophen, verdeutlichen, dass es um die Systemfrage geht. Wir brauchen daher eine Opposition, eine klassenkämpferische Basisbewegung, die den Kapitalismus nicht zähmen, sondern ihn zerschlagen will.

Nein zum Krieg!

08.01.2020

Warum der Iran und die USA kurz vor einem Krieg stehen und was wir dagegen tun können.

Was ist da in der letzten Woche passiert?

Letzte Woche wurde der iranische Generalmajors Qasem Soleimani bei einem US-Drohnenangriff getötet als er gerade sein Flugzeug auf dem Flughafen von Bagdad (Hauptstadt des Iraks) verlassen wollte. Die USA haben dabei nicht irgendeinen Statisten erwischt sondern eine der wichtigsten Führungsfiguren des iranischen Regimes. Als Oberbefehlshaber der Quds-Einheiten fuhr er in Interventionen im Libanon oder Syrien einige militärische Siege ein und genießt ein hohes Ansehen im Iran. Seine Beerdigung wurde dementsprechend als ein spektakuläres Massenevent inszeniert. Im Gemenge kam es dabei zwischen tausenden Menschen zu einer Massenpanik, die laut iranischen Agenturen über 50 Menschen das Leben kostete. Die Spitzen des iranischen Regimes kündigten in ihren Beerdigungsreden blutige

Racheaktionen an und auch Trump twittert fleißig von seinen Kriegsfantasien. Schon einen Tag nach der Beerdigung griff der Iran Militärbasen mit US-Streitkräften im Irak an. Die Lage ist also sehr ernst und die Gefahr eines Krieges in der Region ist groß. Sowohl die USA als auch der Iran stehen unter innenpolitischem Druck. Das heißt, dass in beiden Ländern große Spannungen zwischen den Herrschenden, Mittelschichten und den lohnabhängigen Massen existieren, die durch einen Krieg zeitweilig auf einen äußeren Feind abgelenkt werden könnten. Der Iran hat in einem Schnellgesetz bereits eine Erhöhung des Militärbudgets um 200 Millionen Euro beschlossen und erklärten die US-Truppen offiziell zur Terrorist_Innen. Die USA wollen dagegen größere Truppenkontingente im Irak stationieren.

Warum riskiert Trump eine Eskalation?

Die Ermordung

Soleimanis stellt aktuell die Spitze einer sich zuspitzenden Konfrontation zwischen den USA und seinen regionalen Verbündeten (Saudi Arabien und Israel) auf der einen und dem Iran auf der anderen Seite dar. Zuvor wurde bereits ein US-Militär durch Raketen der pro-iranischen Miliz Kata'ib-Hisbollah (Hisbollah-Brigaden) getötet, woraufhin die USA Luftangriffe auf die Miliz flog, was wiederum eine Belagerung der US-Botschaft im Irak durch pro-iranische Demonstrant_Innen nach sich zog. Die Ermordung des ranghohen Generals Soleimani stellt jedoch eine neue Eskalationsstufe in dieser Spirale der Vergeltungsschläge dar. Ihren Ausgangspunkt nahm die wachsende Konfrontation in der einseitigen Kündigung des Atomabkommens durch US-Präsident Trump. Er verfolgte damit eine neue und aggressivere strategische Linie gegenüber dem Iran, die sich „maximaler Druck“ nannte. Durch harte Sanktionen sollte der Iran am Ausbau seiner regionalen Machtbasis gehindert werden. Doch warum gerade der Iran? Ähnlich wie im ausgehenden 19.Jahrhundert sind der afrikanische Kontinent und der sogenannte „Nahe Osten“ auch heute eine Arena für die stärker werdende Auseinandersetzung zwischen den

Großmächten. Es geht vor allem um die Sicherung von Rohstoffen, aber auch um Absatzmärkte und geostrategische Stützpunkte. Gerade der Iran ist hierbei ein wichtiges Land, da es große Vorkommen an wichtigen Ressourcen wie Erdöl und Erdgas besitzt. Der Iran selber hat dagegen in den letzten Jahren die instabile Lage in der Region genutzt, um seine Einflussphäre weiter auszubauen. In Kriegen wie in Syrien oder dem Jemen, aber auch in Ländern wie dem Libanon oder dem Irak kontrolliert er (oder von ihm unterstützte Milizen) bereits große Territorien. Das passt den USA natürlich gar nicht, denn sie sind selber darauf bedacht, die Kontrolle über die wirtschaftlich so wichtige Region zu behalten. Saudi Arabien und Israel dienen ihnen dabei als Wachhunde. Hinzu kommt, dass der Iran als Verbündeter Chinas gilt, also dem erklärten Hauptfeind der USA. Insgesamt gehen 30% der Exporte des Irans nach China. Daneben noch 16,8% nach Indien, was aufgrund der Bestrebungen Chinas eine neue Handelsstraße in Asien („neue Seidenstraße“) zu etablieren, zu der auch der Iran und Indien gehören sollen, nicht uninteressant ist. Die Feindschaft der USA gegenüber dem Iran sind also auch vor dem Hintergrund zu verstehen, dass die USA ein ihnen wirtschaftlich gefährlich werdendes China eindämmen und isolieren wollen. Die Aggression gegen den Iran richtet sich aber nicht nur gegen China, sondern auch gegen Russland, welches in den vergangenen Jahren ebenfalls seinen Einfluss im Nahen und Mittleren Osten ausbauen konnte, in dem es zum Beispiel den brutalen Diktator Assad in Syrien unterstützt. Soleimani hat als Kommandant der Quds-Brigaden persönlich blutige Verbrechen in Syrien an der Seite des dortigen Assads zu verantworten. Wenn die USA nun einfach einen ranghohen iranischen General abknallen, ist das nicht einfach ein plötzlicher Wutanfall von Trump gewesen. Vielmehr geht es dabei um eine zunehmend aggressiver werdende Strategie einer Großmacht, die Angst um ihren Spitzenplatz auf der Welt hat.

Kann Europa eine deeskalierende Rolle in diesem Konflikt spielen?

Merkel, Macron oder
der frisch gewählte Johnson rufen aktuell zur Deeskalation auf.

Dabei stellt sich Europa als rationaler Akteur dar, der doch nur an Frieden und Stabilität interessiert sei. Kein_E europäische_R Regierungschef_In konnte sich jedoch dazu durchringen, den völkerrechtswidrigen Mord an Soleimani zu verurteilen. Stattdessen sicherten sie alle den USA ihre Loyalität dazu. Wenn Merkel oder Außenminister Heiko Maas nun zu „Deeskalation“ und „Zurückhaltung“ aufrufen, ist es nicht die Angst um einen blutigen Krieg, der tausende Menschen in den Tod reißen wird. Nein, es ist die Angst vor steigenden Ölpreisen, vor Verlusten von bereits im Iran getätigten Investitionen, vor neuen Geflüchtetenströmen nach Europa und vor Anti-Kriegs-Massendemonstrationen wie damals gegen den Irak-Krieg.

Was können wir dann tun, um einen Krieg zu vermeiden?

Wichtig ist nun, dass wir die Ermordung Soleimanis scharf verurteilen und uns klar gegen jegliche militärische Intervention seitens der USA aussprechen. Sollte Trump wirklich einen Krieg vom Zaun brechen, müssen wir uns wohl oder übel auf die Seite des Irans stellen, um Katastrophen wie den Irakkrieg oder den Afghanistankrieg zu verhindern. Gleichzeitig sollten Linke dem Generalmajor Soleimanis nicht hinterher trauern, genauso wenig wie wir die Interventionen Chinas und Russlands in der Region unterstützen dürfen. Auch das reaktionäre Mullah-Regime im Iran als Ganzes ist nicht unser Partner sondern vielmehr die dortigen Massen, die in riesigen Demonstrationen für einen Sturz des Regimes eintraten. Die Arbeiter_Innenklasse dort darf nun nicht ihren Kampf gegen die Herrschenden angesichts der Kriegsgefahr aufgeben. Doch dafür brauchen sie auch unsere Solidarität. Große Antikriegsdemonstrationen in USA haben bereits vorgemacht wie es geht. Als Jugendliche sollten wir dabei, wie im Iran, ganz vorne mit dabei sein. Momentan zeigen hunderttausende junge Menschen innerhalb der Fridays-for-Futures-Bewegung, dass sie bereit sind, sich für eine bessere Welt zu organisieren. Für eine bessere Welt kämpfen heißt aber auch sich gegen Krieg stark zu

machen! Außerdem zählen militärische Konflikte global zu den größten CO²-Verursachern. Unsere Stimmen gegen den Krieg müssen wir an unsere FFF-Ortsgruppen, Schulen, Unis, Betriebe und natürlich auf die Straßen tragen. Nur so können wir der US-Aggression im Iran die Stirn bieten.

Polizei tötet Studierende - Solidarität mit der indischen Studierendenbewegung!

*Revolution unterstützt die Solidaritätserklärung der
Liga für die Fünfte Internationale vom 17.12.2019*

Am Sonntag, den 15. Dezember, griff die Polizei von Delhi brutal StudentInnen der Jamia Millia Islamia (Nationale Islamische Universität) und BewohnerInnen von Jamia Nagar an, die gegen das Citizenship (Amendment) Act (CAA) protestierten.

Der Angriff war kein isolierter Gewaltakt der BJP-Regierung von Narendra Modi. In vielen Teilen Indiens erhoben sich die Menschen, insbesondere MuslimInnen, gegen das neue Gesetz, das am 11. Dezember 2019 vom BJP-dominierten Parlament verabschiedet wurde. Die Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1955 berechtigt illegale MigrantInnen, die Hindus, Sikhs, BuddhistInnen, Jains, ParsInnen und ChristInnen aus Afghanistan, Bangladesch und Pakistan sind und am oder vor dem 31. Dezember 2014 nach Indien

eingereist sind, zur indischen Staatsbürgerschaft. Aber sie schließt die muslimische Bevölkerung von der Verordnung aus. Diese Diskriminierung der größten Minderheit des Landes ist integraler Bestandteil der menschenverachtenden hindu-chauvinistischen Kampagne der Hindutva-Regierung gegen MuslimInnen.

Im gleichen Zusammenhang führte die indische Regierung auch ein neues nationales Melderegister (National Register of Citizens; NRC) ein. Zunächst galt dies nur für den Bundesstaat Assam, aber am 20. November erklärte Innenminister Amit Shah, dass es auf das ganze Land ausgedehnt werden sollte. Diese neue Verordnung würde von den BürgerInnen verlangen, dass sie Unterlagen vorlegen, um ihre StaatsbürgerInnenschaft und damit ihre BürgerInnenrechte nachzuweisen. Dies kann nicht nur gegen so genannte illegale MigrantInnen eingesetzt werden, sondern auch, um Staatsangehörigkeitsrechte von Nicht-Hindus und insbesondere muslimischen Minderheiten zu entziehen, die ihren Status möglicherweise nicht dokumentieren können. Eine solche Forderung würde sich auf viele der am stärksten ausgebeuteten Teile der ArbeiterInnenklasse auswirken, die in extremer Armut auf schlecht bezahlten Arbeitsplätzen überleben, die einfach keine solchen Unterlagen haben, selbst wenn ihre Familien seit Jahrhunderten in Indien leben.

Diese rassistischen Verfassungsänderungen und neuen Meldegesetze wecken Wut und Massenproteste von StudentInnen und MuslimInnen im ganzen Land.

Massive polizeiliche Repressionen

Die Polizei unterdrückt die Protestbewegung mit äußerster Brutalität. Videos auf Social Media zeigen, wie die Polizei StudentInnen in der Universitätsbibliothek der Jamia Millia Islamia angreift. Die Polizei benutzte Tränengas, Sprengstoff und sogar scharfe Munition. Medien haben berichtet, dass drei Studierende an den Folgen des Angriffs gestorben sind, und etwa 50 andere haben Schussverletzungen. Die Polizei hat auch auf die Aligarh Muslim University geschossen. Diese Universitäten wurden angegriffen, weil dort muslimische StudentInnen gegen das CAA und NRC protestieren.

Es gibt auch Berichte, dass viele Studierende von der Polizei in Delhi entführt wurden. Sie tut dies, um die indische Bevölkerung zu terrorisieren und zu spalten. Dies ist ein regelrechter Rassismus gegen die muslimischen StudentInnen und Menschen, aber in der Jamia helfen nicht-muslimische StudentInnen ihren KommilitonInnen und wehren sich gegen die Polizeibrutalität. Vor allem Frauen haben viel Mut gezeigt.

Tausende haben sich dem Protest vor dem Polizeipräsidium Delhi angeschlossen, nachdem die StudentInnen der Jawaharlal Nehru University dazu aufgerufen hatten. In vielen anderen Teilen des Landes gingen auch ihre KommilitonInnen auf die Straße. Sie fordern, dass die Repressionskräfte für ihre Brutalität an der Jamia und der Aligarh Muslim University zur Verantwortung gezogen werden. Alle Inhaftierten sollten unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden.

In Delhi führten die Demonstrationen von Tausenden zur Freilassung von inhaftierten Studierenden. Im ganzen Land sind Anzeichen

einer
mächtigen StudentInnenbewegung gegen die Modi-Regierung zu erkennen.
Sie
fordern den sofortigen Rückzug der Polizei vom Campus Jamia und der
Aligarh
Muslim University sowie aus Jamia Nagar.

Wir stehen in voller Solidarität mit den StudentInnen in
Indien und allen anderen, die gegen CAA und NRC protestieren. Ihr
Widerstand
und ihr Mut, sich zu wehren, stellen eine Quelle der Inspiration dar.
Gemeinsam
können wir gegen die Hindutva-Regierung und den Staat kämpfen, der die
Menschen
entlang sektiererisch-religiöser Linien spaltet. Wir fordern die indische
ArbeiterInnenklasse auf, die Studierenden im Kampf gegen die Hindutva-
Regierung
zu unterstützen. Die internationale ArbeiterInnenklasse und die
StudentInnenbewegungen müssen aktiv werden und Solidarität mit der
Bewegung
gegen CAA und NRC aufbauen sowie Proteste, Kundgebungen und
Demonstrationen
gegen die rassistischen Gesetze, Repressionen und die Ermordung von
DemonstrantInnen organisieren!

Rezession, Angriffe, Revolutionen: Warum wir eine

Jugendinternationale brauchen!

Lars Keller

Wenn wir die aktuellen Geschehnisse in der Welt betrachten, wird eines sofort klar: nichts ist sicher, nichts bleibt wie es ist. In Lateinamerika finden fortschrittlich sowie rückschrittlich geprägte Proteste statt, in Chile kam es zu einer Revolution, welche das gesamte Volk umfasst. In den USA leiten die Demokraten ein Amtsenthebungsverfahren gegen Donald Trump ein.

Die EU befindet sich weiter in einer schweren Krise: der Brexit ist nach wie vor Dauerthema, die Allianz Berlin – Paris bröckelt, die Festung Europa lässt Tausende Menschen im Mittelmeer ertrinken. In Frankreich findet seit Anfang Dezember ein Generalstreik gegen Macrons Rentenreform statt. Nicht zu vergessen ist Europa das Zentrum der globalen Klimabewegung geworden, mehrere Klimastreiks mobilisierten Millionen von Menschen.

Im Nahen und Mittleren Osten erheben sich ebenfalls die Volksmassen: der Libanon, der Iran und der Irak werden von Massenprotesten erschüttert. Auch in Ägypten gehen wieder Menschen gegen das diktatorische al-Sisi Regime auf die Straße. Vor einigen Monaten konnten wir eine erfolglose Revolution im Sudan sehen. Gleichzeitig sind fortschrittliche Errungenschaften des arabischen Frühlings bedroht: Die Türkei startete vor einigen Wochen einen militärischen Angriff auf das fortschrittliche Projekt Rojava.

Reisen wir weiter Richtung Asien, so kommen wir an vielen Pulverfässern vorbei: Afghanistan und der Irak befinden sich seit über 15 Jahren im Kriegszustand. Dem Iran droht weiterhin ein militärischer Überfall durch die USA. Zwischen Pakistan und Indien gibt es einen

fortwährenden Konflikt um die Region Kashmir und Jammu. Und dann bleibt noch Hongkong als Ort, wo Menschen seit Monaten auf die Straße gehen um sich gegen die Unterdrückung durch die chinatreue Regierung zu wehren.

Krise

Im Hintergrund all dieser Kämpfe und Krisen steht, dass die globale Wirtschaft in eine Rezession * rutscht und auf die nächste große Krise zusteuert. Diese Krise ist eine Verschärfung der tieferen Krise im Kapitalismus, welche 2008 zuletzt heftig ausbrach und die Weltwirtschaft an den Rande des Abgrunds brachte. Die Kapitalist_Innen stehen vor dem Problem, dass sie kaum noch Möglichkeiten haben, ihr Kapital so zu investieren, dass ein ausreichend großer Profit erzeugt wird. Daher geht es den mächtigsten Ländern und Staatsverbünden um eine Neuaufteilung dieser Welt. Sie streiten sich darum, wer Platz machen muss, damit die anderen kapitalistischen Mächte weitermachen können, mit der Jagd nach Profit und ewigem Wachstum. Wir nennen diese starken Mächte imperialistisch – sie sind in der Lage bei allen möglichen Weltfragen mitzureden und üben im gesamten Weltgeschehen Einfluss aus. Zu diesen Ländern zählen wir hauptsächlich die USA, China, Russland, Japan, Kanada, Australien sowie viele Staaten Europas, allen voran Deutschland, Frankreich und Großbritannien, aber auch Länder wie Italien oder Spanien, als schwächere Mächte.

Bei diesem Kampf um Einflusssphären, Rohstoffe, Produktionsstandorte und Märkte wollen dann auch Regierungen mit regionalem Einfluss mitspielen, die aber in globalen Fragen weniger zu melden haben. Für den arabischen Raum sind das Saudi-Arabien, die Türkei, der Iran und Israel. Sie lavieren teilweise zwischen Großmächten und sind auf deren Unterstützung angewiesen, während die Großmächte gleichzeitig um diese Regionalmächte kämpfen.

Soziale Angriffe und Revolution

Die kapitalistische

Krise ist aber nicht nur mit dem Aufteilungskampf um die Welt verbunden. Für die Kapitalisten ist klar: die Kosten der Krise sollen einerseits ihre Konkurrenten, aber vor allem die Lohnabhängigen, die breite Masse der Bevölkerung tragen. Daher folgen schwere Angriffe auf soziale und demokratische Errungenschaften. Sie bereiten einerseits die Grundlage für Aufstände und Revolutionen, die sich gegen Regierungen und Kapitale zur Wehr setzen, andererseits kann sich auf der Grundlage von sozialem Abstieg auch der Rechtspopulismus bis hin zum Faschismus breit machen.

In der ersten Reihe von

fortschrittlichen politischen Kämpfen stehen oft Jugendliche. Sie sind weniger demoralisiert von Niederlagen und haben noch einen längeren Lebenszeitraum vor sich, für den es zu kämpfen gilt. Außerdem spielt immer auch der Kampf gegen Jugendunterdrückung – sei es durch Familie oder den Staat – eine Rolle. Die Jugend ist dabei allerdings keine eigenständige Klasse. Sie kommt aus der Arbeiter_Innenklasse, Mittelschichten, Kleinbürger_Innentum oder eben der Kapitalist_Innenklasse, ökonomisch ist sie meist abhängig vom Elternhaus und zusätzlich oft auf besonders prekäre Jobs angewiesen.

Ob ein

fortschrittlicher Aufstand oder eine Revolution erfolgreich ist, misst sich daran, welche Kräfte die Situation zu nutzen wissen, um dem Großteil der Bevölkerung einen Ausweg aus der Misere zu weisen – wir würden sagen hin zu einem sozialistischen Umsturz und dem Aufbau einer Rätedemokratie mit demokratischer Planwirtschaft. Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, braucht es wen, der es vorschlägt und taktische Schwachstellen des Gegners ausnutzen kann. Es braucht also eine politische Führung für den Kampf. Dafür schlagen wir allen militanten und fortschrittlichen Jugendlichen den Aufbau einer

Jugendinternationale vor!

Was ist das und wieso brauchen wir das? Wie oben bereits beschrieben sind wir einem international agierendem Gegner ausgesetzt. Die Bosse und Herrscher sind trotz aller Konkurrenz gut gegenüber der Arbeiter_Innenklasse organisiert und verfügen mit Geheimdiensten, Militär und Institutionen wie Weltbank oder internationalem Währungsfonds über mächtige Mittel Volksaufstände zu unterdrücken. Daher müssen auch wir uns international aufstellen und organisieren. Doch wir als Jugend können alleine nicht gewinnen. Wir besitzen nicht die Macht die Produktion zu stoppen oder diese gar selbst zu übernehmen, auch wenn viele von uns für wenig Geld arbeiten gehen. Daher muss eine Jugendinternationale die Verbindung zur Arbeiter_Innenklasse suchen. Diese braucht aus denselben Gründen wie die Jugend eine internationale Organisation – eine Welpartei, eine neue, fünfte Internationale. Diese muss Kämpfe international zusammenführen und in den jeweiligen Ländern in Aufstände intervenieren um ihnen eine sozialistische Perspektive zu weisen.

Wir wollen das anhand des Beispiels der chilenischen Revolution veranschaulichen.

Das Beispiel Chile

Seit Oktober befindet sich Chile in Aufruhr. Die Proteste entzündeten sich an der Ticketpreiserhöhung von U-Bahnen und entwickelten sich rapide weiter bis zu den Forderungen nach einem Sturz der rechten Regierung von Sebastian Pinera, einer Verfassungsänderung durch eine konstituierenden Versammlung sowie umfangreichen Reformen in Sozialversorgungssystem wie Renten und Gesundheitsversorgung.

Teile der Opposition haben sich durch einen faulen Kompromiss mit der Regierung Mitte November kaufen lassen: Eine Verfassungsreform soll kommen, aber erst

im April 2020. Die verfassungsgebende Versammlung soll zur Hälfte aus Delegierten der Bevölkerung und zur anderen Hälfte aus Parlamentsmitgliedern bestehen und mit einer 2/3 Mehrheit in einem Volksentscheid angenommen oder abgelehnt werden. Zu Recht kritisiert der Vorsitzende der Chilenischen Kommunistischen Partei (PC), Guillermo Teillier, dass dieser Schlüssel den Rechten Kräften ein Veto über die Verfassung ermöglicht.

Die breite Masse ließ sich durch den verräterischen Kompromiss nicht blenden und geht nach wie vor auf die Straße. Zwar haben Gewerkschaften, PC und Frente Ampilo (linke Sammelbewegung „Breite Front“) dem Kompromiss nicht zugestimmt – von dessen Verhandlungen sie ohnedies ausgeschlossen waren – dennoch machen sie politische Fehler und bremsen den Kampf aus. Sie beschränken sich letztlich auf umfassende politische und soziale Reformen und richten sich nicht auf eine Revolution der Arbeiter_Innenklasse aus.

Was sollte stattdessen eine kommunistische Jugendorganisation und Partei tun? Die Lage in Chile stellt die Machtfrage: Behalten die chilenischen Kapitalist_Innen, Militärs und damit verbunden das Finanzkapital imperialistischer Staaten wie den USA die Macht wie bisher, oder übernimmt die Arbeiter_Innenklasse die Macht? Dazwischen gibt es nichts. Solange das Kapital über die ökonomischen Mittel der Gesellschaft bestimmen kann und den nicht wählbaren Teil des Staates (Militär, Polizei, Geheimdienst, Justiz) kontrolliert, wird die Bevölkerung früher oder später niedergeworfen, werden die Reformen angegriffen. Derzeit versucht sich Pinera noch auf dem Wege fauler Kompromisse zu halten, doch wenn der Protest seine Energie verlieren sollte, kann schnell der entscheidende Schlag gegen ihn erfolgen.

Daher müssten sich Kommunist_Innen auf die Mobilisierung der Arbeiter_Innenklasse fokussieren und folgendes Programm vorschlagen:

Für

einen unbefristeten Generalstreik, der die Regierung stürzt, durch eine Arbeiter_Innenregierung ersetzt und sich auf Räte und Milizen der Arbeiter_Innen, einfachen Soldat_Innen und armen Bäuer_Innen selbst stützt!

Enteignung

des Großgrundbesitzes, der Schlüsselindustrien, Banken, Bergwerke und ausländischen Kapitale unter ArbeiterInnenkontrolle!

Für

einen massiven Ausbau von Sozialem und Infrastruktur: Kostenloser ÖPNV, massive Erhöhung von Löhnen und Renten und der Aufbau einer staatlichen Gesundheitsversorgung sind nur Teile dessen! – Für einen demokratischen Plan gesellschaftlich notwendiger Arbeiten!

Für

eine verfassungsgebende Versammlung, die unter Kontrolle der Arbeiter_Innenklasse steht! Nein zu jedem Kompromiss mit bürgerlichen Kräften!

Zerschlagung

des bürgerlichen Staatsapparates und Ersetzung durch einen Staat, der die Macht der Arbeiter_Innen sichert!

Sollten diese

Forderungen von der breiten Masse aufgegriffen und umgesetzt werden, wären natürlich sofort internationale Angriffe auf die chilenische Revolution zu erwarten. Hier kommt die Jugendinternationale und eine kommunistische Internationale der Arbeiter_Innenklasse ins Spiel: Ihre chilenische Sektion müsste die oben aufgeführten Punkte aufwerfen, doch letztlich ginge es darum die Perspektive in alle Länder, insbesondere Lateinamerikas zu tragen und die Angriffe auf Chile in ihren eigenen Ländern mit Generalstreiks und Massenprotesten bis hin zu weiteren sozialistischen Revolutionen zu beantworten. Daher lautet unser Gesamtslogan für Lateinamerika:

Für die vereinigten
sozialistischen Staaten Lateinamerikas!

*Einfach gesagt ist
eine Rezession ein wirtschaftlicher „Abschwung“. Während dieser
Phase stagniert, oder schrumpft die Wirtschaftsleistung eines
Landes/Kontinents o.ä. Damit einher geht der Anstieg der
Arbeitslosenquote. Die Nachfrage (vornehmlich in der Industrie)
sinkt....

Nach SPD-Parteitag: Das Ende der Groko?

Alex Metzger

Anfang Dezember hat die SPD eine neue
Parteispitze gewählt. Dabei wurde dem neoliberalen Kurs der
Befürworter_Innen der Großen Koalition, also dem traditionell
rechten Flügel eine Absage erteilt. Eindeutig war das Ergebnis aber
nicht. Von den gerade einmal 54% der Mitglieder, die überhaupt an
der Abstimmung teilgenommen haben, schaffte es das Duo Saskia Esken
und Norbert Walter-Borjans gerade einmal auf knapp 115.000 Stimmen,
gegen die gut 98.000 Stimmen für Scholz/Geywitz. Dass das Ergebnis
trotzdem eine massive Niederlage für die etablierte Führungsriege
darstellt, ist mehr als offensichtlich. So hatten die meisten
prominenten Mitglieder der SPD, so wie die Mitglieder des
Regierungskabinetts, für die konservative Ausrichtung Stimmung
gemacht und sind damit gescheitert.

Zum Parteivize wurde Kevin Kühnert,
Vorsitzender der Jusos, gewählt. Auch er steht für einen

regierungskritischen Kurs, hat nach der Bundestagswahl eine Kampagne gegen den Eintritt der SPD in die Bundesregierung angeführt und konnte sich so in der Parteibasis einen Namen machen (zumindest stimmten damals 30 % gegen den Eintritt in die Regierung, wobei die Parteiführung sich stark dafür aussprach). Gleichzeitig zeigt er sich versöhnlicher und reicht dem Konservativen Flügel mit Kommentaren wie „Ich nehme nicht wahr, dass irgendjemand in der sozialdemokratischen Partei eine Oppositionssehnsucht in sich trägt“ die Hand. Praktisch sieht das dann so aus, dass neben Kühnert auch Hubertus Heil als Vize gewählt wurde. Um weiteren politischen Kämpfen zu entgehen, wurde das Gremium kurzerhand aufgestockt.

Diese Wahl kann durchaus als Aufforderung zu einem eindeutigen Kurswechsel der Politik der SPD verstanden werden. Schließlich sind seit knapp 20 Jahren jene Kräfte in der SPD an der Spitze, die sich für die unsoziale Politik der Agenda 2010, also für Leih- und Zeitarbeit, für Hartz 4, die Erhöhung der Mehrwertsteuer und für Kriegseinsätze ausgesprochen haben und letztlich dafür verantwortlich, dass die SPD bei der letzten Bundestagswahl lächerliche 20,5 Prozent einfuhr, das schlechteste Ergebnis der Nachkriegszeit.

Die kommenden Wochen werden zeigen, ob die neue Führung bereit ist, gegebenenfalls den Bruch mit der großen Koalition und damit einhergehende Neuwahlen durchzuziehen, oder ob sie doch vor der etablierten Führungsriege der Partei kuschen und den versprochenen Kurswechsel auf die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl verschieben.

„Nikolaus ist Groko aus“ ?

Auch wenn Esken und Walter-Borjans auf der Seite der Regierungsgegner_Innen stehen, konnten sie sich bis jetzt erfolgreich um eindeutige Aussagen über den Verbleib in der Bundesregierung drücken. Dem unmittelbaren Austritt aus der Regierung wurde auf dem Parteitag Anfang Dezember erstmal eine Absage

erteilt. Die flügelübergreifende Argumentation war, dass man zunächst auf die Verhandlungen der „Halbzeitbilanz“ mit der CDU warten wolle. Je nach Ausgang wird der Austritt dann entweder durchgezogen oder eben nicht.

Die „Halbzeitbilanz“ war ein Kompromiss, den der linke Flügel der Gesamtpartei nach den langwierigen Verhandlungen um die Groko abringen konnte.

Diese uneindeutige Positionierung wird aber zumindest von einigen guten Inhalten begleitet. So machte das neue Führungsduo mit der Forderung nach einem Mindestlohn von 12 Euro, eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und dem Ende der „schwarzen Null“, also dem de facto Investitionsstopp der Regierung in die soziale Infrastruktur, auf sich aufmerksam. Weiterhin stimmte die Partei darüber ab, in Städten mit hohem Wohnkosten Mieten für die nächsten 5 Jahre einzufrieren oder Mieterhöhungen zumindest an das Inflationsniveau zu koppeln.

In Sachen Umweltpolitik ist auf diesem Parteitag wenig konkretes zustande gekommen. Die Partei sprach sich dafür aus, das Klimapaket nachzubessern. Im Leitantrag des Parteitages wird ein sozialdemokratischer „Green New Deal“, der einen ökologischen Umbau der Gesellschaft sozial Verträglich gestalten soll. Ein Auszug, der den Kern dieser Dealpolitik gut beschreibt: „Wenn wir die Transformation richtig gestalten, wird aus ihr eine neue Phase der Prosperität hervorgehen“, die Ausrichtung auf Wirtschaftswachstum und den Erhalt der Profite der Industrie bleibt immer im Blick. Letztlich werden durch staatliche Investitionsprogrammen die Kosten für den Kampf gegen die ökologische Krise auf die Arbeiter_Innenklasse abgewälzt. Ein klassenkämpferischer Ansatz, der Industrie und Kapital selbst für Ihre Krise aufkommen lässt, fehlt völlig.

Wohin der Kurs führt, wird direkt

damit zusammenhängen, ob sich der linke Flügel mit dem Austritt aus der Regierung durchsetzt, oder ob die guten Ambitionen in faulen Kompromissen untergehen. Indes ist eindeutig, wofür sich Medien, aber auch die Bürokratie in den Gewerkschaften positionieren: für die Bundesregierung, für den neoliberalen Kurs, für ein „weiter so“, unabhängig davon, was dieser Kurs für die SPD für die nächste Bundestagswahl bedeutet.

Wo steht die Partei?

Die SPD befindet sich in einer historischen Krise. Neoliberale Agenda-Politik, Waffenexporte, fehlende Solidarität in der Grenzpolitik und der militaristische Ausbau der EU und damit auch die Militarisierung hier in Deutschland sind in den letzten 20 Jahren von ihr mitgetragen oder sogar initiiert worden. Die Konsequenzen, wie massive Stimmenverluste zu den letzten Bundestagswahlen und das fehlende Vertrauen der Millionen von Arbeiter_Innen, die unmittelbar unter der „Verarmungspolitik“ der SPD leiden müssen, sind mehr als offensichtlich.

Natürlich führt das auch innerhalb der Partei zu massiven Bruchpunkten. Der ständige Führungswechsel der letzten Jahre hilft dabei wenig, das Vertrauen in die Partei zu bestärken. Im Gegenteil: Die letzten SPD Vorstände seit Sigmar Gabriel, der die Partei mit seinem rechten Kurs von 2009 bis 2017 anführte, gab es schon 2 gescheiterte Parteiführungen, Andrea Nahles und Martin Schulz. Beide waren weniger als ein Jahr im Amt und mussten als Bauernopfer für die schlechten Wahlergebnisse der SPD so wie ihren halbherzigen Linksruck herhalten.

Die Fortführung der Regierungspolitik der SPD bei gleichzeitiger inhaltlicher Stagnation, wie es in den letzten Jahren geschehen ist, werden dabei garantiert dazu führen, dass die SPD in der Bedeutungslosigkeit versinkt und bei der nächsten Wahl von der AfD und den Grünen überholt wird.

Sehenden Auges wird das von der alten Führungsriege, dem Parteiapparat und ebenso von der DGB Führung in Kauf genommen. So äußerten sich DGB Chef Hoffmann: „Die Menschen brauchen Sicherheit im Wandel.“ SPD und Union müssen gemeinsam darüber reden, „welche neuen Perspektiven in Angriff genommen werden“

Ähnlich äußert sich IG-BCE-Chef Michael Vassiliadis, der betont in einem offenen Brief an seine Gewerkschaftsführung die Notwendigkeit einer funktionierenden Regierung für den Standort Deutschland.

Auch der ver.di-Vorsitzende Wernecke bezieht sich positiv auf die Koalition: „Die Halbzeitbilanz der Regierung kann aus Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnensicht sowie gesamtgesellschaftlich in mehreren Punkten Positives vorweisen.“

In einem Ton mit den großen Nachrichtenhäusern, „Es wird mit einem Wimmern enden“(Zeit), „Sozialdemokraten geben die „Mitte“ auf“(FAZ), „Gut gemacht, Genossen!“ (Zeit), zerreißen sich stellvertretend für die CDU Kramp-Karrenbauer und Merz die Mäuler. Während AKK alle Pläne der SPD zumindest verbal sofort an sich abprallen lässt „Wir können nicht wieder bei Null anfangen“, hier ging's um die Nachbesserung des Klimapakets, oder bezüglich der Abkehr von der „schwarzen Null“: „Es mangelt doch nicht an Geld!“. Auch im Bezug auf die 12 Euro Mindestlohn Pläne erteilte sie eine klare Absage. Merz bleibt dabei weit unsachlicher und sieht die Sozialdemokraten „in der letzten suizidalen Phase ihrer Existenz als Volkspartei“ fragt weiter „Leben die eigentlich noch in der Wirklichkeit dessen, was zurzeit in Deutschland, in Europa und in der Welt passiert?“. Das erinnert schon eher an Stammtischrhetorik als an einen ernstzunehmenden Kommentar.

Was sagen die Jusos?

„Nikolaus ist Groko aus“, zumindest wurde das von den Jusos

auf Ihrem letzten Bundeskongress Ende November abgestimmt. In einem vierseitigen Grundsatzpapier erklären sie ihre Haltung zur aktuellen Politik der SPD und ihre Vorstellungen

von einer gerechten Sozialdemokratie. Im dabei vertretenden Anspruch setzen sie sich ein hohes Ziel: „50

Jahre nach der Linkswende der Jusos im Dezember 1969 wollen wir jetzt die SPD auf Links wenden“, im Aufwind der studentischen Bewegung der 60er Jahre rückten sie nach links und fanden viele

Anhänger_Innen in den mehrheitlich reformistischen Teilen der Bewegung. So konnten sie bis in die Mitte der 70er auf 300.000

Mitglieder anwachsen (heute sind es 80.000). Was bedeutet das heute?

Mit einer linken

Ausrichtung und als Teil kämpfender Bewegungen schafften es die

Jusos Massen hinter sich zu organisieren. „Ein Bruch mit einer

Koalition, die nur unzureichende Antworten auf die großen

Zukunftsherausforderungen liefert, bietet uns damit eine Chance

diesen Abwärtstrend zu beenden.“ („Zeit für Zukunft“-Papier,

abgestimmt vom Bundesvorstand Ende November 2019). Diesen Bruch mit

der Koalition wollen sie schnellstmöglich erreichen: „Spätestens

im Jahr 2021“, also zu den nächsten Bundestagswahlen.

Wie auch schon in

der „No Groko“-Kampagne stellen die Jusos sich klar auf die Seite

des linken Flügels der SPD und reden offen über sozialistische

Transformation (kommt zwar Sozialismus drin vor, bleibt aber trotzdem eine zahnlose Formel). Gleichzeitig heben sie die Notwendigkeit

hervor, diesen Kampf gemeinsam mit den rechten Teilen der Partei zu

führen und verbleiben dabei in der Logik gefangen, dass in der

Politik Kompromisse gemacht werden müssen.

Anstatt selbst

einen „Green New Deal“-Vorschlag mitzutragen, müssten die Jusos

die Kapitalist_Innen auffordern, für Ihre Krise zu zahlen. Statt

gegen „sinkenden Lohnquoten“ einzustehen, könnten sie für eine

4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich eintreten. Anstatt im

Nahverkehr „hin zum ÖPNV“ zu kommen, könnten sie diesen kostenlos für alle fordern, finanziert aus den Taschen der Reichen.

Der Parteitag der SPD hat gezeigt, dass der alte Parteiapparat rechts von der Basis der SPD steht. Die Mehrheiten für progressive Positionen wurden trotz der massiven Gegenpropaganda seitens der Medien und seitens des alten Parteiapparats errungen. Jetzt könnten die Jusos einen politischen Kampf um Ihren Kurs unter der Bedingung führen, aus der Groko auszutreten.

Juso-Vorsitzender

Kevin Kühnert ließ aber schon vor der Wahl zum Vize der SPD die Luft raus: „Wer eine Koalition verlässt, gibt einen Teil der Kontrolle aus der Hand, das ist doch eine ganz nüchterne Feststellung. Auch das sollten die SPD-Delegierten bei ihrer Entscheidung berücksichtigen.“

Aufgepasst,

Jusos! Ihr müsst Eure Führung mit einer breiten programmatischen Kampagne der Basis dazu zwingen sich an den Beschluss über ein schnellstmögliches GroKo-Aus zu halten! Keine Kompromisse...der Verrat hat schon wieder begonnen!

A la juventud revolucionaria de Chile!

Desde

hace varias semanas, ustedes están luchando decididamente contra la desigualdad social y la política neoliberal del gobierno de Piñera.

Comenzando con las protestas de los estudiantes contra los aumentos

de las tarifas del metro, su oposición se ha extendido por todo el país a un levantamiento masivo de la clase obrera y jóvenes contra el gobierno. Vuestros llamamientos a la reversión de las reformas neoliberales de los últimos años, al fin de la austeridad y al derrocamiento del gobierno no sólo están justificados, sino que son un paso necesario en el camino hacia una sociedad liberada.

El gobierno respondió imponiendo un estado de emergencia y desplegando las fuerzas armadas. Hemos oído que decenas de personas ya han sido asesinadas o secuestradas, cientos han resultado heridas y miles han sido detenidas. A pesar de esta brutal represión por parte del Estado, vuestra resistencia es ininterrumpida, lo admiramos profundamente. Los jóvenes siguen estando a la vanguardia de este movimiento. Ustedes no han retrocedido ni un centímetro, y esto ya ha dado sus frutos: Piñera se vio obligado a levantar el estado de emergencia y anunciar reformas sociales. Incluso si no se puede confiar en estos anuncios, demuestran que se siente acorralado. Esperamos que puedan sacar un nuevo valor de esto para continuar la lucha con mayor determinación.

Los ataques neoliberales y la pobreza que en consecuencia se agudiza han sido una tradición en Chile desde los años setenta.

Se les impone una política de austeridad severa, sin tener en cuenta las pérdidas.

Las actuales medidas de austeridad están relacionadas con la crisis económica mundial de 2008, cuando los capitalistas trataron de externalizar los costos de la crisis, pero no pudieron resolver el problema real y ahora están tratando de escapar de una amenazante recesión

global. Una vez más, tratando de trasladar la carga a las espaldas de la clase obrera y la juventud. Los intentos de otros países latinoamericanos, como Venezuela, de resolver la crisis mediante una intervención estatal más fuerte en lugar de reformas neoliberales, se construyeron sobre arena, ya que representan un intento de reconciliar a las clases dentro del capitalismo en vez de organizar a la clase obrera y a la juventud para aplastarlo.

Pero su lucha, como nuestro movimiento climático en Alemania, es parte de una nueva ola de luchas de clases y levantamientos de masas en América

Latina y en todo el mundo. Ya sea Chile, Ecuador, Cataluña, Hong Kong, Irak o Líbano. En todas partes la clase obrera se levanta contra los gobiernos neoliberales y de derecha. Oponemos resistencia internacional contra las consecuencias de la crisis y los planes de los capitalistas de hacer pagar nuestra clase por la crisis.

Así como el capitalismo está en crisis a nivel mundial, también lo están los oprimidos en todo el mundo. Incluso si todavía es demasiado pronto para las clasificaciones generales, las luchas actuales representan un punto de inflexión y la posibilidad de un vuelco del equilibrio de poder, contra el avance de los gobiernos de derecha y neoliberales.

No sólo en Chile, sino también en todos los demás países, los jóvenes están a la vanguardia de estas luchas y están más decididos a promover un futuro mejor. Consideramos que es una tarea central reunir las luchas de los jóvenes y obreras y obreros en todo el mundo. Por lo tanto, como organización juvenil, estamos comprometidos con el desarrollo de un internacional juvenil. Aunque

los jóvenes por sí solos no puedan aplastar el capitalismo, es importante que se organicen de forma independiente. Los jóvenes necesitan una organización independiente, su propio programa político y deben poder tener su propia experiencia. Junto con ustedes y los jóvenes de todo el mundo, queremos construir una organización juvenil revolucionaria internacional.

El futuro pertenece a los jóvenes. Juntos podemos ganar un mundo. ¡Alta solidaridad internacional! ¡Por la revolución mundial y el comunismo!

Libanon, Irak - blüht der Arabische Frühling wieder auf?

An vielen Orten in Nordafrika und Westasien kam es in den vergangenen Wochen und Monaten zu Massenprotesten.

Die Gründe dafür sind überall ähnlich: Massenarbeitslosigkeit, steigende Preise, schlechte öffentliche Infrastruktur. Schuld daran sind staatliche Sparprogramme, die die lokalen Regierungen durch den Druck ihrer imperialistischen Geldgeber_innen auferlegen mussten. Das Bild der „korrupten und unfähigen Politiker_innen“, das die Medien im Westen gerne zeichnen, verschleiert nur zu gut, die eigene Mitschuld an der aktuellen Misere. Noch während der Protestwelle des sogenannten „Arabischen Frühlings“ haben viele arabische Regierungen die Staatsausgaben erhöht, um die

Demonstrierenden durch öffentliche Investitionen zu befrieden. Angesichts ausbleibenden

Wirtschaftswachstums und erhöhtem Druck der internationalen Gläubiger, sahen sie sich nun jedoch gezwungen, mit neoliberalen Sparmaßnahmen die Staatsausgaben zu verringern. Der Funke, der

die Proteste entzündete sah vielerorts anders aus. Im Libanon entflammte zum Beispiel die Einführung einer Steuer auf Whatsapp-Anrufe die lange angestaute Wut über Jahrzehnte neoliberaler Wirtschaftspolitik. Unzählige Videos und Bilder dokumentieren, wie die großen Plätze überfüllt wurden. Selbst in den Seitenstraßen beteiligten sich die Einwohner_Innen, so dass zeitweise ganze Städte oder Wohngebiete vollzählig an den Protesten teilnahmen. Dabei werden

die Rufe nach mehr Freiheit, mehr Mitbestimmung und Demokratie immer lauter.

Gleichzeitig sind die Massen wütend auf die Korruption und die Aufteilung der Ämter

nach religiösen/sektiererischen Linien unter den wirtschaftlichen und politischen Eliten des Landes. Während sich die Taschen der Reichen füllen, werden jene der Armen noch leerer gemacht.

Ähnlich auch im Irak. Die Worte eines Demonstranten zeigen deutlich, wie groß der Hass auf die Bourgeoisie und ihre Parteien ist: „Diese Männer repräsentieren uns nicht. Wir wollen keine Parteien mehr. Wir möchten nicht, dass jemand in unserem Namen spricht!“. Die Demonstrant_Innen bestritten jegliche Verbindungen zu Parteien und Milizengruppen, denn diese sehen sie auch als Teil der zahlreichen Probleme an. In der südlichen Stadt im Irak Nasiriya haben Demonstrant_Innen Büros von 6 politischen Parteien angezündet. Diese hatten versucht, die Situation auszunutzen.

Irak - die militantesten Demonstrationen seit Jahren

Der Irak ist der fünftgrößte Ölproduzent der Welt, aber die

Bevölkerung bekommt von diesem „Reichtum“ nichts ab. Die riesigen Gewinne aus den Bodenschätzen behalten sich stattdessen die Unternehmer_innen ein oder versickern in einem korrupten Staatsapparat. 22 % der Bevölkerung leben laut den Vereinten Nationen in absoluter Armut und 25 % der Jugendlichen sind laut der Weltbank arbeitslos, die Dunkelziffer liegt noch viel höher. Nachdem das Land von einer US-Invasion zerstört wurde kam eine politische Elite an die Macht, die abseits ihrer eigenen Bereicherung relativ wenig auf die Kette bekommen hat. Die Folge waren die Ausbreitung des IS, Einflussgewinne durch den Iran sowie eine sich stetig verschlechternde Lebenssituation der Iraker_innen auf allen Ebenen.

Die Massenarbeitslosigkeit, das Fehlen der wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen und die brutale Gewalt des Staates gegen die Demonstrant_Innen bewegte Tausende auf die Straße. Unter anderem im Bezirk Sadr City von Bagdad, wo 3,5 Millionen Menschen leben, wurde die Demonstration brutal niedergeschlagen. Insgesamt wurden während der Proteste im ganzen Land bis zu 300 Menschen getötet und bis zu 6.000 verletzt.

Die Protestierenden verlangen den Sturz von Premierminister Adil Abd al-Mahdi. Die irakischen Regierungen sind seit 2003 im Grunde in Koalitionen rivalisierender Parteien, um die Ressourcen des Landes zu plündern. Und die Forderungen der Massen gehen noch weiter, sie verlangen mehr Mitbestimmung und sie sprechen sich gegen das iranische Mullah-Regime aus, welches bis heute viele wichtige Teile der irakischen Politik koordiniert. Im Zuge dessen wurden Rufe laut wie: „Iran raus raus, Bagdad bleibt frei.“

Vor allem die Jugend, die seit zwei Jahrzehnten nichts gesehen und erlebt hat außer Krieg, Terror, Verelendung,

Arbeitslosigkeit und Armut findet sich in den ersten Reihen der Demonstrationen, Streiks und Besetzungen.

So entstanden auf dem Tahrir-Platz in Bagdad nach einer Woche der Proteste Formen der Selbstorganisation. Es gibt freies Essen und Strom. Street Art zeigt den Geist der Massen. Eines der höchsten Gebäude am Tahrir-Platz, in welchem sich ein türkisches Restaurant befand, wurde besetzt und ist zum Symbol der andauernden Proteste im Land geworden.

Am vergangenen Wochenende haben die Arbeiter_Innen von Basra den Hafen der Stadt und die Ölfelder bestreikt. Die irakischen Behörden wussten was ihnen blüht, wenn aus den Streiks ein Lauffeuer des Klassenkampfes entflammen würde und gingen mit aller Härte gegen die Streiks vor. Mehrere Tote und hunderte Verletzte waren die Folge. Schuld an der Ermordung dieser Arbeiter_innen sind nicht allein die irakischen Machthaber_Innen sondern auch die europäischen und nordamerikanischen Kapitale, deren viel an ihrem Zugang zu billigen Öl gelegen ist.

Mit allen Mitteln versucht der Staat deshalb, die Proteste zum Schweigen zu bringen. Mit Tränengas und Scharfschützen der Polizei versuchen sie, die Menschen auf den Straßen zu zerstreuen. Die Regierung schaltete bereits mehrmals das Internet ab, um eine Ausbreitung von Informationen und die Koordination weiterer Proteste zu verhindern.

Bis jetzt hat die Regierung zwei verzweifelte Pakete von sozialen Reformen versprochen. Aber wenn einmal die Massen entschlossen sind, die korrupte Bande von Politiker_Innen, Geistlichen und Gelehrten

loszuwerden, ist es
unwahrscheinlich, dass solche schwachen Abhilfemaßnahmen die Dinge für
lange
Zeit zum Schweigen bringen. Die nächste Konfrontation und weitere
Zuspitzung
sind vorprogrammiert.

Libanon

Auch hier finden Massenproteste gegen Korruption einerseits, sowie gegen
die vetternwirtschaftliche Aufteilung
des Landes und den politischen Einfluss entlang konfessioneller Linien
andererseits statt. Auf den Straßen von Beirut hört man sogar den Slogan
„Klasse gegen Klasse“, auch wenn die Bewegung
insgesamt nicht nur von den proletarischen und bäuerlichen, sondern auch
den
kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung getragen wird.

Und auch im Libanon sehen wir,
dass wie im „Arabischen Frühling“ die Straßen und Plätze besetzt
wurden. Das Land an der
Mittelmeerküste ist tief verschuldet. Die Staatsverschuldung
erreicht 150 % der Wirtschaftsleistung. Aber auch im
Libanon sind wichtige Dienstleistungen nicht bis kaum
vorhanden. Es gibt keine Züge oder öffentlichen Nahverkehr. Für Stunden
fällt
auch die Stromversorgung immer wieder aus. Die Menschen in Beirut
bekommen ihr
Wasser per Lastwagen und aufgrund der seit 2015 nicht
mehr funktionierenden Müllentsorgung verschmutzen die Küsten und
Straßen. Vor allem die sehr
hohe Armuts- und Arbeitslosenrate brachte die Massen zu Hunderttausenden
auf die Straße: 37 %
der Jugendlichen sind arbeitslos. Auf die gesamte Bevölkerung bezogen
beträgt die Arbeitslosenrate
25 %. Außerdem leben rund 28,5 % der Menschen

unterhalb der Armutsgrenze und am stärksten sind die Geflüchteten im Libanon betroffen. Dabei ist anzumerken, dass im Land bis zu 1,5 Millionen Geflüchtete leben. 65 % der Geflüchteten aus Syrien fristen ihr Dasein in absoluter Armut. Ebenso 65 % der palästinensischen Flüchtlinge und 89 % der palästinensischen Flüchtlinge, die aus Syrien kamen.

Als weitere Steuern auf die Nutzung von WhatsApp kommen und die Arbeiter_Innen und Jugendlichen für die Misswirtschaft der Regierung wieder zur Kasse gebeten werden sollten, reichte es der Bevölkerung. An vorderster Front stehen oft Jugendliche und Frauen aus der Arbeiter_Innenklasse, die kaum noch eine Perspektive in ihrem Land sehen. Sie haben es satt, sich für den verschwenderischen Lifestyle der herrschenden Klasse ausbeuten zu lassen, die dann in riesigen Villen mit Swimmingpool wohnen, währenddessen mehr als 3,2 Millionen Menschen in vollkommener Armut leben (Bevölkerungsanzahl insgesamt 5,9 Millionen).

Der Präsident des Landes, Michel Aoun, kündigte an, den Libanon mit einem 3-Punkte-Plan aus der wirtschaftlichen und sozialen Krise zu führen. Zuvor hatte schon Hariri, der Premierminister, Reformen angekündigt. Aber alle diese vorgeschobenen Maßnahmen konnten die Massen bislang nicht täuschen. Saad Hariri trat schließlich am 29. Oktober nach massenhaften Protesten zurück.

Er hatte seinen Rücktritt angekündigt, nachdem die schiitische Hisbollahmiliz und die Amal-Bewegung (eine konservative und populistische Partei der SchiitInnen im Libanon) ein Protestcamp zerstört und die Demonstrant_Innen auf dem Märtyrerplatz im Zentrum von Beirut verprügelt hatten. Die Hisbollah präsentierte sich in der

Vergangenheit zwar oft als „soziale Kraft“ und Vertreterin der Armen, aber sie ist selbst eine wichtige Stütze des herrschenden Systems. Während ihr Vorsitzender Nasrallah verbal zu Beginn „Verständnis“ für die Proteste bekundete, so lehnte er doch den Rücktritt Hariris ab. Die Hisbollah stellt nicht nur eine wichtige Verbündete des Iran und des Assad-Regimes in Syrien dar, sie ist auch eine der einflussreichsten politischen Kräfte im Land, verfügt über eigene militärische Stärke und kontrolliert wichtige Transportknotenpunkte wie Flughäfen und Häfen. Die schiitische Miliz rief ihre Anhänger_Innen dazu auf, an den Protesten nicht teilzunehmen, nachdem in den von ihr beherrschten Stadtteilen Beiruts und in den Hochburgen im Süden des Landes Menschen ebenfalls gegen Korruption und Misswirtschaft auf die Straße gingen.

Vor allem Generalstreiks legten und legen weiterhin viele Produktionsstätten des Landes lahm. IM Gegensatz zu früheren Massenprotesten im Libanon sind die Gewerkschaften aktuell mit an der vordersten Front dabei. Teilweise zeigten die Aktionen auch antikapitalistischen Charakter: So wurde die Losung „Nieder mit dem Kapital“ von den Demonstrationen durch die Straßen von Beirut getragen, bis es die Bankiers und politischen Führer_Innen hören konnten.

Seit Wochen sieht man, wie Beirut und Tripoli brennen und es auf den Hauptstraßen keinen Platz mehr gibt, da sie von Menschen überfüllt sind. Am 13. November wandte sich Präsident Aoun an die Demonstrant_Innen und erklärte, dass er eine Technokrat_Innen-Regierung gründen werde. Wer

damit nicht einverstanden sei, solle in ein anderes Land auswandern. Dies zeigt das zynische Gesicht dieses Staates und den Unwillen der Herrschenden, einen Schritt auf die demonstrierenden Massen zuzugehen. Am gleichen Tag starb Alaa Abou Fakher, ein Mitglied der progressiven Sozialistischen Partei, bei einer Straßenblockade in Beirut. Er ist der erste Märtyrer der aufkommenden Rebellion im Libanon.

Über konfessionelle Grenzen hinaus

In beiden Ländern installierten die ehemaligen Kolonialmächte (Frankreich im Libanon, und Großbritannien im Irak) ein Herrschaftssystem, das sich darauf stützte, die Bevölkerungen anhand konfessioneller Linien zu spalten, indem sie diese mit unterschiedlichen Machtpositionen und Privilegien ausstatteten. Auch nach dem Abzug der kolonialen Besatzer wurde diese Politik von den Nachfolgerregimes und gewählten Regierungen fortgesetzt, um die eigene Herrschaft abzusichern. Umso beeindruckender ist es nun, dass heute die Menschen unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit Seite an Seite gegen die aktuellen Missstände kämpfen. Trotz aller Gewalt, mit der man gegen die Demonstrierenden vorgeht, lassen sich die Menschen nicht unterdrücken und mundtot machen.

Eins wird in diesen Protesten deutlich: Die Menschen sind bereit, mit ihrem Leben dafür zu kämpfen, dass es Veränderungen gibt, die ihren Interessen entsprechen und nicht derjenigen, die Alles besitzen und die Arbeiter_Innenklasse ausbeuten und verelenden lassen.

Perspektive

Im Irak wie im Libanon

erheben die Massen politisch-demokratische (wie zum Beispiel Rücktritt der Regierung, freie Wahlen,

Verfassungsreform, Stopp der Korruption) und soziale

Forderungen (wie zum Beispiel Ende der Massenarbeitslosigkeit, Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, Rücknahme von Steuererhöhungen) - es kommt

darauf an, diese zu verbinden und zu bündeln. Revolutionär_Innen

müssen Forderungen, wie zB. die Einberufung einer verfassungsgebenden

Versammlung, aufgreifen und mit der Errichtung von Kampforganen der

Arbeiter_Innenklasse und Unterdrückten - Aktionsräten,

Selbstverteidigungsorganen - verbinden. Auf diesem Weg könnte

die Massenbewegung zu einer revolutionären Bewegung werden, wo der Kampf für

demokratische und soziale Rechte mit dem für eine sozialistische Umwälzung verbunden wird.

Der „Arabische Frühling“

und der darauffolgende Herbst der Konterrevolutionen

haben uns gezeigt, dass die Forderungen der Proteste nur umgesetzt werden können, wenn sie mit einer sozialistischen Perspektive verbunden werden.

Ohne ein klares Programm der sozialen Befreiung werden die

Proteste nur von neuen Herrschaftscliquen als

Sprungbrett zur Macht missbraucht werden. Damit stellt sich auch die Frage,

welche soziale Kraft die Bewegungen zum Sieg führen kann. In unseren Augen kann

das nur Arbeiter_innenklasse sein, denn sie allein hat nichts zu verlieren außer ihre Fesseln. Nur sie hat die Kraft, den kapitalistischen

Verwertungsprozess und die Macht der Militärs, Politiker_innen und

Unternehmer_innen aus den Angeln zu heben.

Während es in Europa von der Bourgeoisie angeführte bürgerlich-demokratische Revolutionen gegeben hat, die vergleichsweise

stabile parlamentarische Demokratien hervorbrachten, wurden solche Prozesse

durch die Kolonialisierung, Ausbeutung und Erzeugung einer künstlichen Abhängigkeit in vielen Teilen der Welt verhindert. Die ehemaligen Kolonien wurden somit in die internationale kapitalistische Arbeitsteilung eingegliedert, ohne dass sich entsprechende politische Überbauten ausbildeten. Maßgebliche demokratische Reformen im Libanon oder im Irak sind deshalb heute nur noch möglich, wenn sie mit dem sozialistischen Kampf gegen die bestehende Aufteilung der Welt unter den führenden imperialistischen Mächten verbunden werden. Erste Schritte dahin sind es, sich jeglichen Versuchen der Einflussnahme durch andere Mächte (ob Iran, USA oder Deutschland) zu widersetzen und den Abzug aller Truppen und Konzerne zu fordern.

Auch in Rojava sehen wir gerade wie die dort lebenden Kurd_innen versuchen sich mit aller Macht gegen die türkische Invasion zu verteidigen. Die Zukunft der Region ist abhängig davon, ob es die Arbeiter_Innen und Bauern vor Ort schaffen, nationale Spaltungen zu überwinden und sich gemeinsam gegen jede Form der Fremdbestimmung zu wehren. Die Proteste im Libanon und im Irak haben aktuell jedoch noch einen national beschränkten Charakter, obwohl sie Teil einer internationalen Welle des Klassenkampfes sind. Was wir brauchen ist eine Verknüpfung der Kämpfe des Proletariats der Region, von Rojava bis Palästina, von Libanon bis Irak. Dafür müssen sich multinationale Arbeiter_innenparteien auf einer gemeinsamen programmatischen Grundlage gründen, die die Proteste in den jeweiligen Ländern mit der Perspektive der Schaffung einer Föderation sozialistischer Staaten in Westasien verbinden!